

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Juli 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Dem Zentrum zur Erinnerung.

Es gibt in Deutschland keine Partei, die solche Wandlungen durchgemacht hat wie das Zentrum. In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren traten die ultramontanen Sozialpolitiker dem Kapitalismus in der schärfsten Weise entgegen und verlangten eine gründliche Umänderung der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung — heute fühlen sich die führenden Zentrumsleute wohl in kapitalistischen Staaten, suchen an seinem Segen möglichst reichlich zu partizipieren und haben kaum noch etwas an ihm auszusetzen. Damals durch und durch antimilitaristisch, hat sich das Zentrum in den neunziger Jahren zu der Herrlichkeit des Militärstaates bekehrt — und heute wetteifert es mit Konservativen und Nationalliberalen an Verwilligungsklust. 1874 tritt Windthorst im Abgeordnetenhaus für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein — 1914 gibt Perold dieser Forderung von derselben Stelle endgültig den Abschied. Damals mannhaft Worte für Freiheit, Gleichberechtigung und Schutz des Bürgers gegen bürokratische Willkür — heute regt sich das Zentrum nur noch um die geliebten Jesuiten und um die Imparität, die es am eigenen Leibe spürt, im übrigen aber duldet und fördert jede Willkür und jedes Unrecht, wenn es den Sozialdemokraten an den Kragen geht. Die ehemalige Partei der „Reichsfeinde“ steht heute in hoher Gunst bei der Regierung und marschiert selbstbewusst mit in der Reihe, manchmal sogar an der Spitze der „staatsverhaltenden“, der „nationalen“ Parteien. Und aus keinem Lager erschallt heute der Ruf nach „Sammlung“ häufiger und dringlicher als aus dem der Ultramontanen. Alles nur des einen Feindes: der Sozialdemokratie wegen, die dem Zentrum immer mehr zu Leibe rückt und der es sich nur noch erwehren zu können glaubt, wenn es den Hund der „nationalen“ Parteien zustande bringt und im übrigen Regierung und Behörden liebevoll ermuntert bei ihren Streichen wider den „gemeinsamen Feind“.

Es lohnt sich, einiges ans Licht zu fördern aus der Zeit, da das Zentrum als dieser „gemeinsame Feind“ dastand und nicht nur unter dem Druck einer starken Regierung, sondern auch der gesamten Parteien und der von diesen beherrschten öffentlichen Meinung auszuhalten hatte. Es war das jene Zeit, von der die Jubiläumssnummer der „Germania“ vom 1. Januar 1886 erzählt: „Die eine Konfiskation folgte der andern, wie die eine Anklage der andern folgte, und die Aburteilungen blieben nicht aus. Der Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, kam sich noch lange nicht mit den Verfolgungen messen, denen die „Germania“ in den siebziger Jahren ausgesetzt war. Es gab eine Zeit, wo nicht weniger als fünf Redakteure der „Germania“ gleichzeitig Gefängnisstrafen zu verbüßen hatten. Majunke, der Chefredakteur des Blattes, hat über ein Jahr in der Strafanstalt Bismarck mit Lüttenleben verbracht. An einem Tage, dem 22. Februar 1874, kamen auf einmal elf Verhaftungen gegen die „Germania“ zur Verhandlung, und nach dem Nullmannschen Attentat wurden der Redaktion auf einmal 57 Anklagen zugestellt. Die „ödn. Volkszeitung“, die sich eines gemäßigten Tones befleißigte, sah sich nichtdestoweniger in der Zeit von Juli 1872 bis Mai 1875 wegen 30 Verbrechen unter Anklage verfaßt, und die Regierung in Düsseldorf erklärte, das Blatt gehöre nicht zu der Presse, die geeignet sei, mit amtlichen Anzeigen bedacht zu werden. Ueber den Verleger und die Redakteure des „Westfälischen Merkurs“ wurden insgesamt 72 Monate Gefängnisstrafe verhängt, und selbst der Besitzer des sanften „Münsterischen Anzeigers“ hatte eine mehrmonatige Festungshaft zu bestehen. In den meisten dieser Fälle handelte es sich um Verleumdung von Ministern, insbesondere Bismarcks, um Schmähung von Staatsbehörden, um Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und derlei politische Vergehen. F. B. Kiehlung bemerkt im 2. Bande seiner Geschichte des Kulturkampfes, es sei psychologisch nur zu begreiflich, daß die katholischen Journalisten durch Strafverfolgungen keineswegs den herrschenden Tendenzen gegenüber zurückhaltender gestimmt worden seien, und etwaigen Entgleisungen der ultramontanen Presse gegenüber ist er der Meinung, daß man ihnen „angefichts des ungeheuren Konfliktes in großem Maße mildernde Umstände zubilligen“ müsse.

Das war die Zeit, die heute noch von den Ultramontanen als das „Heldenzeitalter des Zentrums“ betrachtet und gepriesen wird, und kein Zentrumsblatt, das nicht bei feierlichen Anlässen mit Stolz der Kämpfe, Wunden und Strafen gedenkt, die es in den Kulturkampfjahren zu bestehen hatte. Leider ohne die Rückwendung auf die Partei, die heute in der Lage des damaligen Zentrums ist: die Sozialdemokratie. In derselben pharisäischen Weise, wie damals liberale und konservative Blätter wider das Zentrum loszogen, weil es sich seiner Haut mehrte, seine Rechte und seine Weltanschauung verteidigte, zieht heute das Zentrum wider die Sozialdemokratie los, die dasfelbe tut, was das Zentrum sich als selbstverständliche Pflicht und angeichts der Welt von Feinden als glorreiche Tat anrechnet. Damals war es das Zentrum, das als der gemeinsame Feind ausgesprochen und zu dessen Bekämpfung zur Sammlung aller Parteien aufgefordert wurde. Als im August 1873 der Papst

dem Deutschen Kaiser in einem Briefe zu erwägen gab, daß die von seiner Regierung beschrittenen Bahnen schließlich zur Untergrabung des Thrones führen müßten, erblühte die „National-Zeitung“ in diesem Brief den Beweis, „mit welcher Kühnheit die Ultramontanen ihre Verschönerungen anzustellen“, wie diese „ehrgeizige Menschenform“, welche kein Vaterland kennt, nur herrschen und unterdrücken will“. Bei den nächsten Wahlen gebe es nur eine Parole: Kampf gegen die „staatsfeindlichen Ultramontanen!“ Und am Tage darauf fragte das Blatt: „Wer für keinen Feind des Vaterlandes gehalten sein will, kann der noch zweifeln, auf welche Seite er zu treten hat? Ist es noch erlaubt, den Jesuiten etwas Günstiges zuzuwenden oder sich der Teilnahme am Kampfe wider sie zu enthalten?“

Selbst die „Kreuz-Zeitung“ fand, daß nach dem Brief des Papstes „kein wahrhaft evangelischer Christ, kein ehrlicher preussischer Patriot mit der ultramontanen Partei bei den Wahlen Hand in Hand gehen darf... Jede Stärkung der Ultramontanen und deshalb jede Gemeinschaft mit ihnen bei den Wahlen wäre ein Vergehen ebenso an der evangelischen Kirche wie an der Krone unseres Königs und am preussischen Vaterlande.“ Und als dann 1874 bei der Wahl zum Reichstag wie zum preussischen Landtag das Zentrum wesentlich gestärkt wurde, schrieb die „Provinzialkorrespondenz“: „Das geschlossene Auftreten der ultramontanen Partei in ganz Deutschland, das rücksichtslose Hineingehen aller Volkskreise in den Kampf der römischen Kirche gegen die Staatsgewalt wird ein ebenso geschlossenes und entschiedenes Vorgehen aller nationalen Parteien zur Sicherung der Staatsinteressen gegenüber den geistlichen Herrschaftsgelüsten, zur Sicherstellung der Gewissen gegen geistliche Vergewaltigung nach sich ziehen.“

Das sind Töne, denen wir auch heute wieder begegnen — nur mit dem Unterschied, daß sie heute der Sozialdemokratie gelten und daß das Zentrum, das die Rolle des „Staatsfeindes“ an die Sozialdemokratie abgetreten hat, in dem hegerischen Chorus der „nationalen“ Parteien die führende Stellung einnimmt. Und noch eine Ähnlichkeit ist vorhanden. Auch der Träger der Krone ergriff damals das Wort in dem Kampfe gegen den „gemeinsamen Feind“. Wilhelm I. richtete Ende Januar 1874 an den Carl Ruffel, der ihm die Beschuldigung einer Versammlung englischer Protestanten mitgeteilt hatte, einen Brief, worin es hieß: „Es liegt mir ob, der Führer meines Volkes zu sein in dem jahrhundertlang von den deutschen Kaisern in früheren Tagen geführten Kampfe gegen eine Macht, deren Herrschaft in keinem Lande der Welt mit der Freiheit und der Wohlfahrt der Nationen vereinbar gefunden wurde, einer Macht, die falls sie unseren Tagen siegreich sein würde, nicht in Deutschland allein die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und die Autorität des Gesetzes gefährden würde. Ich akzeptiere demgemäß den mir auferlegten Kampf.“

Die „Historisch-politischen Blätter“, die bekannte liberale Zeitschrift, bemerkten zu dem kaiserlichen Brief: es sei unerhört, nicht allein in der bismarckischen Regierungszeit, sondern in der konstitutionellen Geschichte überhaupt, daß man einen Monarchen seinen anderngläubigen Untertanen gegenüber sagen lasse, er sei ihr Feind und müsse aus historischen Gründen in Erfüllung seiner königlichen Pflichten ihr unversöhnlicher Feind sein. Auch darin hat das Zentrum ungeteilt. Heute spendet es dem Monarchen Beifall, wenn er sich als den unversöhnlichen Feind eines Drittels der Bevölkerung erklärt — vorausgesetzt, daß es sich um Sozialdemokraten handelt. Und kein Zentrumsblatt verurteilt einen derartigen Vorgang als „verhört in der konstitutionellen Geschichte“.

Sühne für Zabern!

Kun haben die Zaberner Gewalttaten, bei denen die Militär-gewalt rücksichtslos die gefühllose Zivilgewalt entronnte und eine harmlose Bevölkerung mit Säbel und Maschinengewehren bedrängte, doch noch eine Sühne gefunden. Freilich: weder den Leutnant Forstner noch den Obersten Reuter hat der strafende Arm der Justitia erreicht. Dafür ist ein sozialdemokratischer Schriftsteller zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er aus der nur zu berechtigten Empörung über die skandalösen Enthaltungen über den ersten Zaberner-Prozess heraus prinzipielle Betrachtungen über das Wesen des Militarismus angestellt hatte, die zwar durch alle geschichtlichen Erfahrungen bestätigt werden, gleichwohl aber vom Staatsanwalt und Gericht als frivole Schmähung unseres dreimal geheiligten Stammes betrachtet wurden.

Unser an anderer Stelle abgedruckter Prozeßbericht gibt die zwar unhistorisch-keinsche, aber um so staatsverhaltendere Auffassung besagter Rechtsorgane ausführlicher wieder. Hier sei nur so viel gesagt, daß unsere Justitia es für im höchsten Maße ungerecht und strafwürdig erklärte, daß im Zusammenhang mit den Heldentaten der Forstner und Reuter von verrobbenden Tendenzen des Militarismus gesprochen werde. Wogegen Gen. Karstli — das Sühnopfer für Zabern — vergeblich geltend machte, daß seine Betrachtungen doch bloß ein allgemeiner, historisch kritischer

Kommentar zu dem internationalen Thema des Militarismus gewesen seien und daß die Beschuldigungen des preussischen Militarismus doch nur in einer Jugendaussage enthalten seien, die von einem veritablen Staatsanwalt, Herrn Krause, gemacht worden sei!

Das verding natürlich nicht. Denn mag auch der Krieg — wie das Gericht zugab — zur moralischen Verwilderung führen, mag auch die Erziehung zu dieser unmoralischen Kriegsführung ihre besonderen Wege gehen und die kulturwidrigsten Früchte zeitigen — der preussische Militarismus ist immum, moralisch einwandfrei, er bildet die leuchtende Ausnahme! Genau so würde ein russischer, ein französischer Staatsanwalt plädieren, und der Militarismus wäre somit ein Kind, kein Engel ist so rein!

Daneben erlaubte sich der Kieler Staatsanwalt Dr. Bachem, der sowohl gegen Karstli wie gegen den verantwortlichen Redakteur des Kieler Parteiorgans je 1 Jahr Gefängnis beantragt hatte, die Nobilisten Ausfälle gegen den Angeklagten. Wie könne er sich herausnehmen, so donnerte er, als Ausländer, der in Deutschland „Unterschlupf“ gefunden habe, der heiligsten Staatsinstitution Deutschlands „Wist und Galle ins Gesicht zu spucken.“ Selbst der Vorsitzende fühlte sich veranlaßt, diese Herde der Staatsanwaltschaft zur Mäßigung zu ermahnen. Es hätte dessen aber nicht einmal bedurft, denn derartige staatsanwaltliche Liebenswürdigkeiten fallen auf ihren Urheber zurück. Ist es doch ein Karstli, einem Kanne, der als gemeiner Arbeiter, Betriebsleiter wie als Akademiker und Wissenschaftler in gleicher Weise seine Fähigkeit bewiesen, nachzusagen, daß er in Deutschland „Unterschlupf“ gefunden habe. Die politischen Ideologien seien Herrn Dr. Bachem um so eher verziehen, ist er doch königlich preussischer Staatsanwalt!

So hat die unselige und unsägliche Zaberner-Affäre doch ein Sühnopfer gefunden. Weder der Säbelschädel, der einen lahmen Schuster zur Strafe brachte, noch der Oberst, der geschwunden und verfassungswidrig den Kriegszustand mitten im Frieden proklamierte, sind ins Gefängnis geschickt worden — wohl aber ein sozialdemokratischer Schriftsteller, der diese Kultur-schmach festnagelte!

Die Stichwahl in Koburg.

Koburg, 17. Juli. Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Koburg-Gotha 1 wurden bis 9 Uhr abends gewählt für Arnold (Fort-schrittliche Volkspartei) 9018 Stimmen, für Hofmann (Sozialdemokrat) 5759 Stimmen. Das Ergebnis von sechs Orten steht noch aus. Arnold ist somit gewählt.

Koburg, 17. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl siegte der Fortschrittler Arnold mit rund 9000 Stimmen über unseren Genossen Hofmann, auf den etwa 6000 Stimmen entfielen. Die Nationalliberalen waren gemäß der von ihrem Kandidaten und ihrer Parteileitung ausgegebenen Parole reslos zu Herrn Arnold übergegangen.

Dieser Sieg, den Herr Arnold nach einem von beiden Seiten mit beispielloser Erbitterung geführten Stichwahlkampf erfocht, ist nicht ein Sieg des liberalen Gedankens und des fortschrittlichen Parteiprogramms, noch viel weniger bedeutet er, wie die freisinnige Presse zweifellos in ihren Jubelartikeln von neuem behauptet wird, eine „Wiedergeburt des entschiedenen Liberalismus“, — der Sieg der Wahl ist vielmehr nichts anderes als ein Sieg des berühmten Niederfüllbacher Schwindels über die gesunde politische Vernunft. Und unterwirft wurde dieser Sieg des Schwindels allerdings durch den schamblüchsten Fabrikantenterrorismus, der jemals erlebt worden ist.

Im übrigen wird der schöne Millionentraum bald tustgeträumt sein. Und wenn Herr Arnold bei den allgemeinen Remnahmen zum Reichstag ohne jene fagenhaften Millionen mit völlig leeren Händen vor seine Wähler treten wird, dann sprechen wir uns wieder!

Diesen Tag der Revanche durch eifrige Organisations- und Agitationsarbeit vorzubereiten — diese Aufgabe wird von heute an das ganze Denken und Fühlen unserer Koburger Genossen beherrschen. Und dann, aber auch nur dann, wird der Kreis, der uns bisher nur einmal durch eine momentane Verärgerung der Bevölkerung über die Erhöhung der Bierpreise zugefallen war, zum sicheren und dauernden Beständ der Sozialdemokratie gehören.

Die Aussperrung in der Niederlausitz.

Heute werden die Tuchfabrikanten, die dem Arbeitgeberverband der Niederlausitzer Tuchindustrie angehören, ihre Betriebe schließen und ihre Arbeiter aussperrern. Nach Berechnungen dieses Unternehmerverbandes werden von diesem Tage an 25 700 Arbeiter und Arbeiterinnen mit 143 000 Familienangehörigen die eritzungslosen Cyper brutaler Scharfmacherwillkür sein. Die andere Wirkung ist die, daß durch die Aussperrung der Arbeiterchaft auch

Die Interfons-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Kolonelle über deren Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beredungs-Konferenzen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Wg. (unabhängig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

zahlreiche kleine Unternehmer, besonders in Forst, in die Gefahr kommen, ihre Existenz einzubüßen. Hinzu kommt weiter, daß zahlreiche Firmen aus den Kreisen der Tuchhändler und Konfektionäre, die in der Niederlausitzer Tuchindustrie Aufträge placiert haben, in arge Bedrängnis geraten. Eben hatte das Geschäft in der Tuchbranche etwas lebhafter begonnen, nachdem es durch die Interessentenkämpfe bei der Gründung der deutschen Tuchkonvention mehr denn ein Jahr lang schwer beunruhigt worden war, da sind es die lausitzer Tuchindustriellen, die durch einen vollständig unüberlegten Beschluß die ganze Konfektion und den Tuchhandel auf das empfindlichste schädigen. In den letzten Wochen sind die Wollpreise erheblich gestiegen und alle interessierten Kreise sind sich einig, daß wir bei der vorhandenen Wollknappheit noch höhere Preise zu gewärtigen haben. Da sucht sich der Tuchabnehmer noch möglichst umfangreich mit Ware zu versehen, um so mehr, da infolge der Kämpfe, die vor Jahresfrist zwischen Fabrikanten und Abnehmern stattgefunden haben und die zu einer längeren Orderperiode führten, Lagerbestände in gangbaren Waren nicht groß vorhanden sind. Besonders die Grobstoffen, die ihren Abnehmern gegenüber Lieferungsverpflichtungen eingegangen sind, zu deren Erledigung sie auf die Ware der lausitzer Tuchindustrie angewiesen sind, befinden sich in banger Sorge. Den Arbeitern ist es bekannt, daß die Androhung der Aussperrung in den Unternehmerteufen noch größere Bestürzung auslöst als die Aussperrung des größtenteils für den Pärberverbandes im Jahre 1912. Aber aus dieser Bestürzung muß Empörung werden, wenn jene Preise erfahren, mit welcher Leichtfertigkeit der Unternehmerverband eine solche wirtschaftliche Katastrophe heraufbeschworen hat.

Seider hat sich die bürgerliche Presse wieder dazu hergegeben, die handhüchsten Unwahrheiten über die Ursachen des Konfliktes zu verbreiten; sie bedenkt nicht, daß sie mit ihrem blinden Haß gegen die Arbeiter dem deutschen Wirtschaftsleben den allerschlechtesten Dienst erweist. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, für jeden Wollereiarbeiter würden 4 R. Lohnverhöhung verlangt, das müsse den Ruin der Niederlausitzer Tuchindustrie herbeiführen. Wahrheit ist, daß sich die Wollereiarbeiter mit Zugeständnissen zufriedengeben hätten, die im Durchschnitt für jeden Arbeiter etwa 4 R. Lohnverhöhung pro Woche betragen hätten. Man würdigt ja die ganze Niederlausitzer Tuchindustrie in geringfügigster Weise herab, wenn man behauptet, ihre Konkurrenzfähigkeit sei gegeben, wenn der Betrieb so ein paar Mark Lohn pro Woche mehr zahlen müsse. Nur wenige Betriebe beschäftigen in der Wollerei mehr als 1 bis 2 Personen. In einem der größten Forster Betriebe mit insgesamt 300 Arbeitern sind nur 6 Personen in der Wollerei beschäftigt. Das blöde Geschwätz, daß durch die Lohnforderungen der Wollereiarbeiter die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefährdet werde, muß nun verstummen.

Die Wollereiarbeiter stellen keine Forderung, die unerfüllbar gewesen wäre. Sie wollten in der Hauptsache, daß durch Festsetzung von Mindestlöhnen der Lohnrückgang ein Ende gefügt werde. Wie schlimm die Dinge hier liegen, zeigt die Lohnstatistik, die Wochenlöhne von 16 bis 27 M. aufweist. Und diese Lohnstatistik weist die weitere Tatsache auf, daß die höchsten Löhne meist in den kleinsten Betrieben gezahlt werden. Gefordert wurde: für Arbeiter an der Rochwalde 25 M., für andere Arbeiter 24 M. Mindestlohn. Die ursprüngliche Forderung war also erheblich niedriger als die jetzt schon gezahlten Höchstlöhne. Bei den Verhandlungen aber gingen die Arbeiter mit den Forderungen noch herab. Hätten die Unternehmer für die etwa 90 bis 100 Personen, die weniger als 24 M. verdienen, eine Lohnzulage gewährt, dann wären die Differenzen aus der Welt geschafft.

Aber davon wollten die Unternehmer nichts wissen. Nur für die Arbeiter mit Löhnen unter 19 M. sollte der Lohn auf diesen Satz gebracht werden. Das betraf nur ganz wenige Personen und konnte die Arbeiter nicht befriedigen. Nachdem die Verhandlungen kein anderes Ergebnis mehr brachten, legten die am schlechtesten entlohnten Arbeiter die Arbeit nieder.

Es ist nicht wahr, daß die Niederlegung der Arbeit während der Verhandlungen erfolgt ist. Die Verhandlungen waren abgeschlossen; es handelte sich nur noch darum, den Unternehmern schriftlich mitzuteilen, ob die Arbeiter dem ungenügenden Zugeständnis zustimmen oder nicht. Die Wollereiarbeiter nicht zu, und da für die meisten von ihnen keine Kündigungsklausel besteht, gelangten die Unternehmer früher in den Besitz der Nachricht von der Niederlegung der Arbeit wie in den Besitz des ablehnenden Schreibens der Arbeiter.

So liegen die Dinge. Jetzt erst, wenn die Öffentlichkeit weiß, welcher Veringsfügigkeit wegen die Unternehmer eine solche wirtschaftliche Störung und schwere Schädigung tausender unbeteiligter Arbeiter und Geschäftsleute herbeiführen, wird man zu der Ansicht kommen müssen, daß man es hier mit einer Handlungsweise zu tun hat, deren Brandmarke nicht scharf genug ausfallen kann.

Selbstverständlich hat die Organisation der Arbeiter noch bis in die allerletzte Zeit alles getan, um zu einer Einigung mit den Unternehmern zu kommen; aber die Unternehmer lehnten alles rundweg ab, sie wollten keine Einigung. Kampf gegen die Arbeiterschaft um bedingungslose Niederwerfung, das ist das Ziel der Unternehmer. Es geht das deutlich aus allen ihren Publikationen hervor. Den Arbeitern soll durch die Aussperrung und die Hungerperle die Arbeit ausgetrieben werden, niemals wieder Lohnforderungen zu stellen.

Selbstverständlich wird das nicht gelingen. Gelingen aber wird den Scharfmachern eine enorme Schädigung der Niederlausitzer Tuchindustrie, indem sie, wie wir beim ersten Bekanntwerden der Aussperrungsabsicht schon sagten, ihre Abnehmer und deren Aufträge in andere Bezirke der deutschen Tuchindustrie treiben. Die Aussperrung wird der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß es keine größeren Schädlinge der Volkswirtschaft gibt als blindwütende Unternehmerverbände.

Wie wir erfahren haben, sollen von dritter Seite Schritte unternommen worden sein, um den für die Tuch- und Konfektionsindustrie so verhängnisvoll wirkenden Streit aus der Welt zu schaffen.

Der Sieg der mexikanischen Rebellen.

Washington, 17. Juli. Carranza hat der Regierung der Vereinigten Staaten informell mitgeteilt, daß er die Absicht habe, zugunsten Carranzas zurückzutreten.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten.

Mexiko, 17. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Carranza hat die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen angeordnet. Alles hängt jetzt davon ab, ob Carranza und Carranza zu

einer Einigung gelangen. Wenn Carranza darauf besteht, gewaltsam in der Stadt Mexiko einzuziehen, wird mit der Anerkennung zurückgehalten werden, bis eine Wahl stattgefunden hat. Jedenfalls werden die Vereinigten Staaten die Anerkennung einer konstitutionalistischen Regierung verschieben, bis eine befriedigende Regelung der sich aus der Revolution ergebenden Forderungen erfolgt ist. Die amerikanischen Truppen werden nicht aus Veracruz zurückgezogen werden, bevor nicht jede Schwierigkeit beigelegt ist.

Die Forderungen Carranzas.

Monterrey, 17. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach Aussage hoher Beamter auf Seiten der Konstitutionalisten will Carranza, sobald die Konstitutionalisten zur Herrschaft gekommen sind, die Gültigkeit der Schulden Quercos nicht anerkennen. Diese Mitteilung war die Antwort auf Anfragen betreffend die Forderung, daß die fremden Regierungen durch die Regierung der Vereinigten Staaten verlangt hätten, Carranza solle die Schulden Quercos anerkennen und allen politischen Gefangenen Amnestie gewähren. Carranza erklärte, nur wenn die Bundesstruppen sich bedingungslos ergeben würden, könnten die vorgeschlagenen Verhandlungen über den Einzug der Konstitutionalisten in die Stadt Mexiko erfolgreich sein. Daß Carranza anstelle Quercos getreten sei, sei für die Konstitutionalisten kein Grund zu einem Kompromiß bezüglich der Grundsätze, für die sie kämpfen.

Politische Uebersicht.

Labiau-Wehlau.

Das Wahlergebnis von Labiau-Wehlau hat begreiflicherweise in der konservativen Presse keinerlei Begeisterung entflammt. Dafür ist man auf die seltsamsten Beschönigungsversuche verfallen. Ausgerechnet die „Kreuzzeitung“, die zu Beginn des Wahlkampfes triumphierend geschrieben hatte: „Ein großer Teil der Wähler ist außerhalb des Wahlkreises auf Arbeit und das sind wesentlich Anhänger des Freisinn und der Sozialdemokratie“, sucht nunmehr den Stimmenverlust der Konservativen auf die dringenden Erntearbeiten zurückzuführen! Die „Deutsche Tageszeitung“ tröstet sich damit, daß wohl mancher Landwirt seine Stimme für diesen Wahlgang für entbehrlich gehalten habe. Sie hofft also, daß es den Konservativen gelingen werde, noch zahlreiche Reserven für die Stichwahl mobil zu machen. Selbstverständlich fehlt auch der Strohseker über die „Kampflöse Agitation der Freisinnigen“ nicht. Als ob die bürgerlichen Parteien untereinander sich in den Wahlgeschäften irgend etwas vorzumerken hätten.

Die liberale Presse ist selbstverständlich hoch erfreut über das Resultat des ersten Wahlganges. Sie hofft, daß die Stichwahl den Sieg der vereinten liberalen Parteien sichern werde. Sie verheißt sich dabei nicht, daß die Konservativen in der nächsten Woche mit dem Wute der Verzweiflung noch eine leidenschaftliche Agitation entfalten und alle Praktiken der Wahlbedrückung anwenden werden, um ihre Niederlage abzuwenden. Diesem Treiben gelte es von liberaler Seite eine erhöhte Aufklärungsarbeit entgegenzustellen. Die heiße Stichwahlwoche erfordere noch einmal Eifer und Opfer.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielten bei der Reichstagswahl im Wahlkreise Königsberg 2 (Labiau-Wehlau) von 15 849 abgegebenen gültigen Stimmen der Kgl. Amtsrat Schrewe-Klein, Labiau (Kons.) 7522, Bürgermeister Wagner-Labiau (Fortschr. Bp.) 6131 und Parteisekretär Linde-Königsberg (Soz.) 2176 Stimmen.

Das Opfer einer Denunziation.

Unter höchst eigenartigen Umständen kam am Freitag vor dem Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps in Berlin die Verurteilung eines Musketiers zustande. Auf die Verurteilung eines einzigen Zeugen hin wurde nämlich der Russe Fischer vom Infanterie-Regiment Nr. 64 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich als Soldat eine sozialdemokratische Befinnung betätigt habe.

Der Sachverhalt ist kurz der folgende: Als Fischer mit seinen Kollegen am Gründonnerstag in Urlaub fuhr und sich's mit mehreren Kameraden im Coupé bequem gemacht hatte, betrat ein anderer Passagier, ein Herr v. Lengerke, der bis dahin in einem benachbarten Abteil gesessen hatte, das Abteil, um sich mit den Soldaten in ein Gespräch einzulassen. Bei der um militärische Verhältnisse sich drehenden Unterhaltung soll nun der Russe Fischer jene Äußerungen getan haben, die ihm als strafliche sozialdemokratische Betätigung so schwer angedreht wurden. Auf die Frage, wo der Erfah für das Regiment herkomme, soll er nach den Befindungen v. Lengerkes gesagt haben: Aus Ostpreußen. Dumm lämen die Ostpreußen zum Regiment, dort aber würden sie ausgeföhrt und verlesen sie das Regiment als Sozialdemokraten. Erst im Heere würden sie ausgeföhrt. Als dann v. Lengerke meinte, im Kriegsfall werde aber doch jede politische Meinungsverschiedenheit ausscheiden und alles einmütig gegen den Feind losgehen, soll, wiederum nach der Befundung v. Lengerkes, Fischer gesagt haben: „Wenn gezögert wird, dann werden wir einmal ordentlich gegen den inneren Feind losgehen und alles kurz und klein schlagen.“

Die Befundung des einzigen Zeugen, eben des Herrn v. Lengerke, der einige Wochen Jagenjunker gewesen war, birgt schon von vornherein den absurdesten Widerspruch in sich. Denn der angebliche Sozialist Fischer soll sich auf einmal als wütendster Gegner des inneren Feindes geäußert haben! Oder sollte der Angeklagte sich mit dem aufdringlichen Fragesteller nur einen Scherz erlaubt haben? Dann wäre es doch sehr fraglich, ob nicht die ganze Unterhaltung einfach der Ausflucht einer lustigen Raune war, auf die kein Pfifferling zu geben ist!

Hinzu kommt, daß die ganze hochnotpeinliche Untersuchung, die beim Regiment auf die schriftliche Denunziation Lengerkes hin unternommen wurde, auch nicht das geringste Belastende gegen Fischer zutage gefördert hat. Daß Fischer Sozialdemokrat sei, konnte weder der Kompaniechef, noch der Feldwebel, noch irgendein Kamerad bekunden! Wohl aber mußten die Vorgesetzten ihm das Zeugnis eines „tüchtigen Soldaten“ ausstellen. Daß in dem Regiment in irgendeiner Weise jemals eine sozialdemokratische Agitation durch Wort oder Schrift auch nur versucht worden sein sollte, mußte ebenfalls verneint werden. Auch die Kameraden, die in dem Coupé bei der Unterhaltung zugegen waren, konnten sich absolut nicht auf die an sich so widersinnigen Äußerungen besinnen, die der Jagenjunker a. D. ihrem Kameraden zuschrieb!

Es war also nicht das geringste erwiesen, nicht das leiseste Verdachtsmoment gegen Fischer vorgebracht

worden. Er selbst bestritt ganz entschieden, eine solche Äußerung getan zu haben. Mehr noch: Die angeblichen Äußerungen Fischers schlugen einander derartig ins Gesicht, daß sie im Ernst gar nicht gesehen sein konnten! Und trotzdem wurde der Angeklagte auf das wunderliche Zeugnis des Angebers v. Lengerke hin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Aber bei unserer Militärjustiz darf man sich ja längst nicht mehr über Unbegreiflichkeiten wundern!

Der Kampf um die Arbeiter-Turnvereine in Bayern.

In Neustadt a. d. Aisch hat der Bezirksamtmann Freiherr von Aufseh den Arbeiter-Turnverein für politisch erklärt und verboten, daß Volksschüler und Fortbildungsschüler an den Turnstunden des Vereins teilnehmen. Dagegen ist vom Verein Beschwerde an die Kreisregierung in Ansbach eingelegt worden. Obwohl die Beschwerde noch nicht entschieden ist, sucht der Bezirksamtmann sein Verbot durchzusetzen. So verbot er vor einigen Wochen, gelegentlich eines Festes des Arbeiter-Turnvereins, die Teilnahme der Schüler im Festzuge. Die Turner waren aber schlauer als der Bezirksamtmann. Sie stellten die Schüler 50 Meter vor dem Festzuge auf, so daß die aufgeborenen Schulkinder und Gendarmen keinen Anlaß zum Eingreifen hatten. Dieser Tage wurden nun 21 Jünger des Arbeiter-Turnvereins vor die Schulkommission aufs Rathaus geladen und durch einstimmigen Beschluß der Kommission zu je 2 Stunden Arrest verdonnert, weil sie vor dem Festzug hermarschiert waren und trotz des Verbots die Turnstunden weiter besucht haben. Zugleich wurde ihnen angedroht, daß die Kreisstrafe auf vier Stunden erhöht und sie der Staatsanwaltschaft übergeben würden, wenn sie dem Turnverein nicht fernbleiben. Auch gegen diese Bestrafung haben die Eltern der Jünger Beschwerde eingelegt. Trotzdem wurde bereits ein Jüngling durch einen Schulmann in den Arrest abgeführt. Also mit der Bestrafung von Kindern fährt man in Bayern den Kampf gegen die Arbeiterturnvereine. Auf ein tieferes Niveau ist der Kampf gegen die freiwillige Arbeiterbewegung wohl kaum zu bringen.

Preussische Justiz.

Das Schöffengericht Christburg (Landgerichtsbezirk Elbing) hat gegen den Gauleiter Bunde in Elbing wegen angeblicher Uebertretung des § 18 Ziffer 2 des Reichsvereinsgesetzes ein Urteil gefällt, dessen Begründung eine geradezu klassische Unkenntnis der Arbeiterbewegung verrät. Nur die wichtigsten Stellen aus der schriftlichen Urteilsbegründung:

„Der Angeklagte wird wegen Uebertretung gegen § 18 Ziff. 2 des Reichsvereinsgesetzes zu 15 R. Geldstrafe, im Nebenverurteilungsfalle zu 3 Tagen Haft und ferner zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.“

Gründe:

Am 21. Februar 1914 fand in der Gastwirtschaft der Witwe Böttch (Führer von Bunde) in Christburg eine Versammlung des Bunde's organisierten Bauarbeiters statt. Sie war öffentlich, und der Angeklagte als Gauleiter im Bauarbeiterverband hatte sie einberufen und geleitet. Es wurden in ihr erörtert zunächst Vereinsangelegenheiten, nämlich Wahl des Vertrauensmanns und die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung, ferner Tarifverhältnisse.

Die obigen Tatsachen sind durch die glaubhaften eigenen Angaben des Angeklagten für erwiesen erachtet. Weil er diese Versammlung nicht bei der Polizeibehörde vorher angezeigt hatte, war gegen ihn eine Strafverfügung der Polizeiverwaltung in Christburg vom 1. April 1914 aus den §§ 5 und 18 Ziffer 2 des Reichsvereinsgesetzes ergangen und hat er rechtzeitig gegen sie auf gerichtliche Entscheidung angefragt. Er wendet lebhaft ein, daß die Versammlung nicht eine politische gewesen ist. Nach § 5 des Vereinsgesetzes ist eine Versammlung angezeigt, wenn in ihr politische Angelegenheiten erörtert werden sollen. Dies ist nach dem Dafürhalten des Gerichts in der fraglichen Versammlung entsprechend der Absicht des Veranstalters geschehen. Der einen Einblick in die Verhältnisse der inneren Politik hat, der weiß, daß die Vereine und Beamten des Bauarbeiterverbandes ihre Weisungen von der

Leitung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion

erhalten und daß diese Vereine nicht nur soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgen, sondern, gleichsam nur Einrichtungen der sozialdemokratischen Partei, erhebliche politische Bedeutung haben, ferner daß jede Versammlung dazu benutzt wird, die bisherigen Mitglieder und etwa neu hinzutretende in der politisch-sozialdemokratischen Lebensauffassung zu befestigen oder für sie zu gewinnen. Deshalb ist eine solche Versammlung, wenn in ihr auch nur Vereinsangelegenheiten in weiterem Sinne erörtert werden, eine politische; denn der Verein und seine Ziele sind politischer Art. Demgemäß war die fragliche Versammlung angezeigt, und da der Angeklagte sie ohne die vorgeschriebene Anzeige veranstaltet und geleitet hat, so ist er nach § 5 Ziffer 2 des Vereinsgesetzes strafbar.

Die von der Polizeibehörde eingelegte Strafe von 15 R. oder 3 Tagen Haft erscheint angemessen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 497 St.P.O.

gez. Otto."

Deutsche Gerichtshöfe haben schon oft bewiesen, welche ein fremdes und unbekanntes Gebiet ihnen die moderne Arbeiterbewegung ist, aber was sich die Richter in Christburg da zusammenkombiniert haben, ist selbst für ostelbische Verhältnisse ein starkes Stück. Daß Zweigvereine einer Gewerkschaft von der „Leitung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion“ Weisungen empfangen, ist eine so originelle Entdeckung, daß sie berechtigten Anspruch auf ein Reichspatent hat.

Es grant ihnen.

Die neuen Steuerpläne der Regierung haben begreiflicherweise im Bürgertum alles andere denn angenehme Empfindungen ausgelöst. Die bürgerlichen Parteien haben die aufpeitschende politische Wirkung der bisherigen „Finanzreformen“ zur Genüge kennen gelernt, um begreiflicherweise zu wünschen, eine Zeitspanne von neuen Steuern oder auch nur Steuerplänen verschont zu bleiben. So lobt denn auch das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ in einer Betrachtung über die jüngsten Steuerabsichten der Regierung:

„Dennoch neigen wir dazu, die Meldungen von neuen Steuern vorderhand zu bezweifeln. Wir neigen dazu aus dem ganz einfachen Grunde, weil wir sie nicht wünschen. Nicht aus irgendwelchen privatwirtschaftlichen oder egoistischen, sondern ausschließlich aus patriotischen, aus geradezu staatserkaltenden Erwägungen. Das fortwährende Jur-Aberlassen, die auf das steuerliche Gebiet übertragene Nadelstichpolitik, verträgt nämlich auf die Dauer kein Einzelindividuum, kein Stand, keine Berufsklasse, kein Volk. Es geht nicht an, daß man der Nation vorredet: Strengt euch nur diesmal noch recht an und tut kräftig Geld in die Staatsfäden; ihr werdet hierfür nicht wieder belästigt. Und daß man lächelnd, als ob nichts gewesen wäre, im Jahre darauf wieder vor sie hinstreut und mit den gleichen Redewendungen neue Opfer von ihr heischt. Unser Erwerbleben und auch unsere Individualwirtschaft brauchen zunächst einmal Ruhe.“

„Aus patriotischen, aus staatserkaltenden Erwägungen“ wünscht das nationalliberale Blatt keine neuen Steuern, denn letzten Endes kommen sie politisch der Sozialdemokratie zugute. Und davor graut dem Bürgertum. Wäre keine Sozialdemokratie da, es würden reich und munter und ohne Gebissensbisse dem draven Wiesel auch

meistlich die Taschen geplündert. Aber so — — — Und darum: Um Gotteswillen! Keine neuen Steuern! Auf welche Weise freilich das kommende Defizit gedeckt werden soll, vermag das nationalliberale Blatt nicht anzugeben.

Der Kölner Kardinal gegen die „Kölner“.

Die Wachen sind die Stützungen des Papstes gegen das deutsche Zentrum und die Christlichen Gewerkschaften immer wieder als den Ausfluß mangelnder Kenntnis der deutschen Verhältnisse hinzustellen. Kardinalerzbischof Hartmann von Köln hat diese Ausflüchte zum Anlaß genommen, am vergangenen Sonntag in einer Versammlung in Arefeld folgendes zu sagen:

Wir wollen die Entschließungen des Hl. Vaters ohne Kritik hinnehmen, ist er ja berufen, zu entscheiden und zu wirken unter dem Beistand des Heiligen Geistes. Wenn immer gesagt wird, der Hl. Vater sei nicht richtig informiert über die Verhältnisse in Deutschland, so ist das ein großer Irrtum und eine Beleidigung für den Hl. Vater. Ich kann Ihnen nur versichern, und ich weiß es aus bester Quelle, aus dem Munde eines gewissen Diplomaten, es gibt keine Macht der Welt und kein Ministerium, welches so genau informiert ist wie der Hl. Vater. Zu formatorischen der einzelnen Länder die besten Informanten hat, die ihn über alles unterrichten. Darum ist es eine Lüge und Unehrlichkeit, immer wieder zu sagen, der Hl. Vater sei nicht genau informiert. Er ist genau informiert darüber, was in Deutschland vorgeht, und er wird alles tun, was notwendig ist für das Heil der Katholiken.

So berichtet die „Kölnische Volkszeitung“ in Arefeld. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat über die Rede des Kölner Kardinals aus guten Gründen bisher kein Wortchen verlauten lassen. Es ist überhaupt die neue Taktik der „Kölner“, den Kölner Erzbischof totzuschweigen, weil seine Reden beim besten Willen nicht für die Kölner zu verwenden sind. Es wird behauptet, daß auch die Indignation Waders auf den Kölner Kardinal zurückzuführen sei, was wahrscheinlich genug, denn die auf den Indignation Rede Waders ist in der Kölner Erzbischofskirche, in Essen, gehalten worden. Für die Wachen ist die Situation wieder äußerst ungeschicklich.

Aus dem Dresdener Garnisonlazarett.

Zahlreiche Uebergriffe eines Sanitätsunteroffiziers gegenüber Kranken, Wärtern und Sanitätsoldaten in der Weiskrankenstation des Dresdener Garnisonlazaretts bildeten den Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Oberkriegsgericht. Den Kerzen der Geisteskrankenstation war schon seit längerer Zeit bekannt, daß der 25 Jahre alte in Leinzig geborene Sanitätsunteroffizier Schneider nicht das richtige Geschick hatte, mit Untergebenen umzugehen. Schneider wird als unreifer Vorgesetzter angesehen und doch ließ man ihn an einer Stelle Dienst tun, wo doch ernste und gefestigte Männer hingehören! Endlich kam die Sache an den Tag und zur kriegsgerichtlichen Abhandlung. Die damalige Verhandlung endete damit, daß das Gericht „vorschriftswidrige Behandlung und minder-schwere Fälle“ annahm und auf die milde Strafe von 6 Wochen mittleren Arrest erkannte! Unter Anklage standen weit über 60 Einzelfälle, die aber zum Teil als eine fortgesetzte Handlung angesehen wurden. Zu den Angeklagten des Angeklagten gehörte es, die Untergebenen bei jeder Gelegenheit kräftig abzuschnüffeln. Ein Soldat wurde mit dem Anie ins Gesicht gestochen und ein anderer bei zehn verschiedenen Anlässen angepöbeln, abgeschüttelt und an der Halsbinde hängend in der Stube hin- und hergezogen. Andere wurden geschüttelt und dabei ins Gesicht geschlagen. Bei der Frühstücksausgabe wurden auch Ohrfeigen mit ausgeteilt. Ein Kranke, der sich nachts mal aufgedeckt hatte, ist vom Angeklagten auf das nackte Gesicht geschlagen worden. Er fing an zu weinen und erklärte, er halte es nicht mehr aus und wolle sich das Leben nehmen. Ganz arg hat es der Unteroffizier mit dem Kranken Schubert getrieben. Dieser Mann ist bei ungefähre 30 Anlässen ins Gesicht geschlagen, geknufft, gepufft, abgeschüttelt und an der Nase gezerrt worden. Der Angeklagte stellt alles als „Scherz“ hin. In der Verurteilungsverhandlung war der Anklagebetreuer mit dem Verteidiger der Ansicht, daß der Angeklagte nur aus „Berlehnung seiner dienstlichen Stellung“ gehandelt und lediglich „aus Zeitvertrieb allerlei grobe Scherze“ gemacht hat. Seinem Antrage gemäß wurde die Strafe auf 6 Wochen mittleren Arrest herabgesetzt!!

Oesterreich und Serbien.

London, 17. Juli. Die offizielle „Westminster Gazette“ schreibt: Die albanische Frage und die österreichisch-serbischen Beziehungen sind im Augenblick zwei voneinander getrennte Fragen, aber alle Balkanfragen sind schließlich eins, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß die österreichisch-serbischen Beziehungen durch den albanischen Wirrwarr kompliziert werden, der die serbischen Hühler offenbar in Verjüngung führt. In Oesterreich-Ungarn sei die Ansicht weit verbreitet, daß versucht werde, die serbische Bevölkerung in der Monarchie zu bearbeiten, um eine Abspaltung derselben von Oesterreich vorzubereiten. Unter solchen Umständen könne man nicht erwarten, daß die Regierung untätig verbleibe. Serbien werde gut beraten sein, wenn es sich die Verantwortlichkeit der Besorgung seines großen Nachbarn dergewöhnlich und alles tue, sie zu zerstreuen, ohne auf einen Druck zu warten, der nach den Worten des Grafen Tisza kriegerische Verwicklungen bringen könnte. Eine solche Lage zwischen einer großen und kleinen Macht sollte zu keiner Gefahr Anlaß bieten, wenn die Großmacht sich hochschwebender Maßregeln enthalte, die den Stolz und die Würde des kleineren Nachbarn verletzen. Die Zeitung schreibt ferner: Wir hoffen und glauben, daß dies der Fall sein wird, soweit Oesterreich-Ungarn in Betracht kommt, aber die kleinen Balkanvölker rechnen auf die Neutralität größerer Nachbarn. Wir hoffen, daß die Erfahrungen der Balkankriege eine ernüchternde Wirkung haben werden. Die Nächte waren damals während der ganzen Zeit entschlossen, Verwicklungen zu vermeiden. Wir hoffen auf eine gemeinsame Bemühung, diese Schwierigkeit zu lösen, und daß die traurige ultima ratio, wie Graf Tisza sagte, nicht einmal zur Erörterung zu kommen braucht.

Eine zweifelhafte Meldung.

Budapest, 17. Juli. Der Vester Lloyd hält gegenüber dem Belgrader Dementi seine Meldung von der Erhöhung des serbischen Friedenspräsenzstandes auf 110 000 Mann aufrecht.

Der Aufstand in Albanien.

Durazzo, 17. Juli. Die mit immer größerer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte von einem Angriff der Aufständischen auf die Stadt verursachen insbesondere unter der Bevölkerung der Vororte eine wachsende Beunruhigung. Zahlreiche Familien aus den Vororten flüchten mit ihren Habeleistungen in die Stadt und nehmen bei Verwandten und Bekannten Aufenthalt. Andere verlassen Durazzo. Unter den Freiwilligen, die aus etwa 150 Rumänen, Oesterreichern und Deutschen bestehen, herrscht wegen der mangelhaften Unterweisung und Lebensverhältnisse Unzufriedenheit, so daß zahlreiche Freiwillige wieder heimreisen. Ebenso verlassen viele Rumänen Durazzo. Hierher gelangte Berichte aus der

Umgebung Salonas besagen, daß die Kollage unter den Flüchtlingen unbeschreiblich sei, da es ihnen an allem Notwendigen mangle.

Neuer Proteststreik in Petersburg.

Petersburg, 17. Juli. Als Protest gegen die Unruhen in Vaku streifen heute die Arbeiter großer und kleiner Betriebe Petersburgs. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 55 000. Arbeiter verfuhrten demonstrative Umzüge, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Besonders erregt zeigte sich die Menge bei der Putilowbrücke, wo die Arbeiter diese Polizeibeamte durch Steinwürfe und Stockschläge verletzten. Die Polizei machte von Feuerwaffen Gebrauch. Zwei Arbeiter wurden dabei schwer und zwei leicht verletzt.

Italien.

Zwei bedeutungsvolle kommunale Wahlsiege.

Rom, 15. Juli. (Sig. Ver.)

Die Kommunalwahlen vom letzten Sonntag, bei denen unsere Partei in vielen kleineren Gemeinden Oberitaliens ihre Stellungen erfolgreich behauptet hat, haben zwei vielseitige und schwerwiegende Ergebnisse zeitigt: den Sieg des demokratischen Blocks in Neapel und des Bundes der Sozialparteien in Ancona. Das Wahlergebnis in Neapel entzieht die Partei der rechten Stadt Italiens endlich jener verächtlichen Konfession, deren Mißwirtschaft so oft die Presse des In- und Auslandes beschäftigt hat. Sozialisten, Republikaner und bürgerliche Radikale eroberten gemeinsam die Stadtverwaltung und bieten so dem armen Volke von Neapel endlich die Möglichkeit, sich auf gesetzlichem Wege von der Verwaltungskamorra der herrschenden Clique zu befreien, die mindestens 5000 Unheißung ist, wie die Kamorra des Lumpenproletariats. Bemerkenswert ist, daß der Wahlsieg durch ein Bündnis der Sozialparteien errungen wurde, dem die Sozialisten Neapels nur durch ihren Austritt aus der Partei beitreten konnten, da der Parteitag in Ancona ein für alle mal die Wahlbündnisse ausgeschlossen hatte. Das Resultat bestätigt die Ausführungen des sozialistischen Abgeordneten Lucchi auf dem letzten Parteitag. Lucchi erklärte damals, daß den Sozialisten in Neapel nicht die Wahlmasse sondern nur die Kandidaten fehlten, mit denen sich eine Stadtverwaltung bilden ließe. In der Tat haben gerade die Kandidaten der Sozialisten die größte Stimmzahl erhalten.

Während der Wahlsieg von Neapel eine vorwiegend praktische Bedeutung hat, kommt dem Ergebnis von Ancona eine eminente prinzipielle Wichtigkeit zu. Auch in Ancona ist es zu einem Bündnis zwischen Republikanern und Sozialisten gekommen, während die Anarchisten, als prinzipielle Gegner der Wahlbeteiligung, sich ferngehalten haben, aber dieses Bündnis hat die Billigung des Parteivorstandes gefunden, mit Rücksicht auf die ausnahmsweise Situation, in der sich Ancona heute unter dem Anprall der Reaktion befindet. Die Kandidaten des sozialistisch-republikanischen Blocks waren ausnahmslos Opfer der sich an die Junitage anschließenden Polizeiverfolgungen und Komplottschändereien und befinden sich zum größten Teil in Untersuchungshaft. Es ist man zweifellos ein imponierender Beweis für die Kraft und die feste Fügung der revolutionären Bewegung in Ancona, wenn sie in einem Moment, wie dem heutigen, wo der überstandene Schrecken alle Widerstandskraft der Reaktion mobilisiert hat, die Stadtverwaltung zu erobern vermag und als Kandidaten gerade die Persönlichkeiten wählen kann, an denen die Bourgeoisie sich eben ansieht, ihre Macht auszulassen. Die Regierung scheint aber das „Rene Teitel“ nicht zu verstehen, das in den Wahlergebnissen von Ancona liegt: sie fährt fort, in den Marken und in der Romagna eine Verfassung nach der anderen vorzunehmen. Die Reaktion spielt dabei ein recht gefährliches Spiel.

Jugendbewegung.

Ein unverständliches Urteil. Das Königsberger Schöffengericht hatte kürzlich über den Einspruch des Vertrauensmannes der hiesigen Arbeiterjugend, Arbeitersekretär Franz Krüger, gegen drei polizeiliche Strafbefehle in Höhe von je 30 M. zu entscheiden. Zwei Strafmandate hatte Krüger erhalten, weil er zwei Jugendversammlungen, die die Polizei als politische ansah, nicht angemeldet hatte, das dritte, weil er den mit der Ueberwachung beauftragten Beamten einen angemessenen Platz nicht angewiesen habe. In der ersten Versammlung wollte Krüger über das Thema „Die Entstehung und Entwicklung der Hirsch-Dunder-schen Gewerkschaften“ sprechen; eingeladen hatte er dazu ihm bekannte Jugendliche durch besondere Einladungen. Es lag also bestimmt weder eine öffentliche, noch eine politische Versammlung vor.

Die zweite Versammlung, in der Krüger über „Arbeiterjugend, Jungdeutschland und nationale Jugendpflege“ sprechen wollte, wurde nach wenigen Worten des Referenten durch die Polizei gesprengt. Einen Platz hatten die Polizeibeamten nicht verlangt. Der Anklagebetreuer führte u. a. aus, schon die Erwähnung des Jahres 1848 sei politisch (!).

Das Gericht bestätigte die polizeilichen Strafbefehle und führte begründend aus, die erste Versammlung sei keine geschlossene, sondern eine öffentliche gewesen, weil der Personkreis nicht ein bestimmter gewesen sei, auch seien in ihr politische Angelegenheiten erörtert worden. Die zweite Versammlung — die gesprengt worden war, ehe das Akterat gehalten wurde (!) — sei aus öffentlichen Erwägungen ebenfalls politisch. Dadurch, daß Krüger die Beamten aus dem Lokal gewiesen habe, habe er behauptet, daß er nicht die Absicht gehabt habe, einen Platz für den Ueberwachenden anzuweisen.

Nach der Logik des Urteils, gegen das selbstverständlich Berufung eingelegt werden wird, ist eine Versammlung, in der ein Sozialdemokrat spricht, gleichviel vorüber und vor wem er spricht, immer politisch. Wenn solche Sprudspraxen Platz greifen sollte, so wäre es schon zweckmäßiger, der Polizei das Recht einzuräumen, alle Handlungen von Sozialdemokraten zu verhindern und zu bestrafen, ohne erst Gerichtsverhandlungen zu inszenieren.

Die Jahreskonferenz der Jugendauschüsse des Niederrheins.

Am Sonntag den 12. Juli, kamen die Vertreter der Arbeiterjugendbewegung aus dem Bezirk Niederrhein in Essen zusammen, um den Geschäftsbericht entgegenzunehmen und die Arbeit im neuen Geschäftsjahre zu beraten. Aus dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß die Arbeiterjugendbewegung im Bezirk wieder einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat. Die Abonnentenzahl der „Arbeiterjugend“ stieg von 7384 auf 8653. Jugendauschüsse wurden 7 neu gegründet, zwei sind eingegangen und zwei andere sind größeren Orten einberleibt worden; die Zahl beträgt jetzt 35.

Ein Bild kräftiger Vorwärtsbewegung zeigt der Stand der Jugendheime. 1912/13 waren 6 Heime mit 11 Räumen, 1913/14 14 Heime mit 25 Räumen und jetzt 33 Heime mit 48 Räumen vorhanden. An Kosten werden im ganzen dafür aufgebracht 8412,07 M. Die in den Heimen untergebrachten Bibliotheken umfassen 7578 Bände, außerdem liegt in den Heimen eine reichhaltige Zeitschriftenliteratur aus.

Die rastlose Tätigkeit unserer Funktionäre geht aus der geleisteten Bildungsarbeit hervor. Im vorigen Jahre waren 228 Einzelvorleser mit 13 583 Teilnehmern verzeichnet. Diesmal waren es 372 mit 18 800 Teilnehmern. Unterrichtsurufe haben 9 mit 443 Teilnehmern stattgefunden, Vortragsreihen 74 mit 2820

Teilnehmern. Künstlerische Veranstaltungen und Feste wurden 117 mit 13 528 Besuchern abgehalten. Wissenschaftliche Führungen durch Museen, Ausstellungen, industrielle Anlagen usw. fanden 41 mit 1025 Teilnehmern statt.

Durch die Betätigung auf dem Gebiete des Jugendschutzes sind den Jugendauschüssen von den Behörden viel Unannehmlichkeiten bereitet worden.

An gewerkschaftlichen Jugendsektionen sind 11 mit 1414 Mitgliedern vorhanden. Ein Zeichen der Opferwilligkeit ist die Finanzierung der proletarischen Jugendbewegung. Ingesamt sind von den Jugendauschüssen circa 34 000 M. Einnahmen aufgebracht worden, denen 31 652 M. Ausgaben gegenüberstehen.

Um dem Mangel an geeigneten Jugendleitern abzuhelfen, wurde eine Reihe Jugendleiterkurse abgehalten. Zu den in Berlin abgehaltenen Kursen wurden zwei Jugendleiter von Arefeld und Darmen delegiert.

In lebhafter Weise wurde über den umfangreichen Geschäftsbericht debattiert. Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht, Vorschläge zur Abhilfe bemerkbarer gewordenen Mängel gemacht.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz

konnte im Jahre 1913 an 22 Orten neue Sektionen gründen und hat ihre Mitgliederzahl auf 1500 Aktivmitglieder erhöht. Von diesen Aktivmitgliedern sind 214 weiblichen Geschlechts. Das Organ der Jugendlichen erschien in einer durchschnittlichen Auflage von 3860 Exemplaren gegen eine Durchschnittsalage von 3275 Exemplaren im Jahre 1912. Das Verhältnis zur Gesamtpartei und zur Gewerkschaft hat sich günstig gestaltet. Die früheren Differenzen mit einzelnen Parteisektionen sind durch ein Abkommen behoben worden — die organisatorische Unabhängigkeit der Jugendlichen ist völlig gewahrt, nur ist die Partei der „Alten“ durch ein Mitglied der Geschäftsleitung der Sozialdemokratie, das aber keine beschließende Stimme hat, in der Zentralleitung der Jungen vertreten.

Gegen die Soldatenmißhandlungen.

Die ungeheure Erregung, die im Volke über den Prozeß Luxemburg und die Soldatenmißhandlungen herrscht, kam auch in einer zum gestrigen Abend vom Wahlverein Steglitz einberufenen öffentlichen Versammlung in prägnanter Weise zum Ausdruck. In Scharen waren die Zuhörer gekommen. Arbeiter und Bürger, Frauen und Männer, alle wollten dabei sein, wenn die düsteren Dramen des Soldatenlebens, Schreden der Kasernen, vor dem Forum der Öffentlichkeit entrollt werden sollten. Frühzeitig war der Saal im „Pfeifenwäldchen“ überfüllt. Viele mußten stehen. Selbst vor den Fenstern haute sich die Menge.

Wie der Vorsitzende Jachow zu Beginn der Versammlung mitteilte, habe der eine Referent, Rechtsanwalt Dr. Levy, nicht erscheinen können, da er noch nicht vom Prozeß Karski aus Kiel zurück sein konnte.

Dafür übernahm der andere Referent, Reichstagsabgeordneter Dr. Lenich es, das Thema des Tages in seinem vollen Umfange zu behandeln. Der Referent ging zunächst auf den Prozeß Luxemburg ein, den er als den merkwürdigsten Prozeß aller Prozesse bezeichnete, und der sicherlich auf immer vertagt bleiben werde. Sodann geißelte Redner mit großer Sachkenntnis und ähendem Sarkasmus das Wesen unseres Militarismus und im Zusammenhang damit die Soldatenmißhandlungen sowie deren Ursachen. Wenn jährlich 300 bis 500 Selbstmorde und -versuche und 3000 Fahnenflüchtige zu verzeichnen seien, so sprächen diese Zahlen eine furchtbare Sprache. Ein bewaffneter und geschützter Vorgesetzter, der einen wehrlosen Untergebenen systematisch mißhandelt, hat keine Ehre. (Stürmische Zustimmung.) Einem solchen Lumpen sollten die Abzeichen vor der Front abgerissen werden. (Stürmische Zustimmung.) Leider urteilten die Kriegsgerichte nicht so, sonst könnten derartige Fälle nicht meist so aufrichtig milde bestraft werden. Redner zeigte dies an besonders erschütternden Beispielen unter stürmischer Zustimmung der Versammlung. Kein Wunder, wenn dieser Rechtsprechung im Volke kein Vertrauen entgegengebracht werde. Das Verfagen der Militärbehörden im Kampfe gegen die schrecklichen Soldatenmißhandlungen entspräche letzten Endes der Furcht um die Disziplin und vor dem Erstarren der Arbeiterklasse.

Redner gab sodann noch einen historischen Abriss über die Entwicklung der preußischen Armee und schloß seine interessanten Ausführungen mit einem kampfstarken Ausblick unter dem tosenden Beifall der Versammlung.

In der Diskussion forderte noch ein Redner die Eltern auf, ihre Kinder unserer Jugendbewegung zuzuführen. Daraus schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Rundgebung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Letzte Nachrichten.

Die Stichwahl in Koburg.

Koburg, 17. Juli. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Sachsen-Koburg-Gotha wurden von 17 128 Wahlberechtigten 14 970 Stimmen abgegeben. Es erhielten Fabrikant Arnold Neuhardt (Christlich-Sozialpartei) 9178 Stimmen, Rechtsanwalt Hofmann-Hof i. B. (Sozialdemokrat) 5793 Stimmen. Arnold ist somit gewählt. Bei der Hauptwahl am 10. Juli erhielten Hofmann (Soz.) 5688, Arnold (Christlich-Sozialpartei) 5581 und Stoll (nati.) 3412 Stimmen.

Kardinal Hartmann interpretiert.

Köln, 17. Juli. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Arefeld: Auf eine Ansprache Venings-Dortmund in einer Vorstandssitzung des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse erwiderte Kardinal Hartmann-Köln u. a., daß er in seiner Rede vom vorigen Sonntag, in der er ausführte, die deutschen Katholiken sollten zum Papst Vertrauen haben, der stets ausgezeichnet informiert sei, nicht den Tadel der Zentrumspartei im Hirtenbrief des Bischofs von Coma im Auge gehabt habe. Daran habe er überhaupt nicht gedacht. Er billige die betreffende Stelle im Hirtenbrief des Bischofs von Coma in keiner Weise und sei auch überzeugt, daß, wie er aus sicherer Quelle wisse, der Heilige Vater überhaupt keine Mißbilligung des Zentrums beabsichtige.

Einigungsverhandlung in der Solinger Aussperrung.

Solingen, 17. Juli. Die Aussperrung der Solinger Arbeiterschaft wird voraussichtlich unterbleiben. Das Einigungsgesamt, das heute als letzte Instanz vor der Aussperrung zusammentrat, hat sich auf Vorschläge geeinigt, bei deren Annahme durch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhoffen ist, daß die allgemeine Sperre vermieden wird. Die Generalversammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden morgen zu den Einigungsbedingungen Stellung nehmen.

Die amerikanische Eisenbahnerbewegung.

Chicago, 17. Juli. Die Vertreter von 55 000 Maschinisten und Heizer von 98 Eisenbahnen des Westens, die höhere Löhne verlangten und, wie gemeldet, keine Vermittlung annehmen wollten, haben jetzt die Vermittlung der Bundesregierung angerufen.

Jandorf's 39. Woche

Es versäume Niemand von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen! Beachten Sie unsere Schaufenster

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.

Lebensmittel

Nicht am Spittelmarkt. Mit * bezeichnete Artikel werden nicht zugessandt. Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Wurstwaren

Gervelat-od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Thüringer Knoblauchwurst	Pfd.	1.40
Bauernbratwurst	Pfund	1.15
Teewurst	Pfund	98 Pt.
Jagdwurst	Pfund	95 Pt.
Landleberwurst	Pfund	85 Pt.
Rot-od. Zwiebelwurst	Pfund	50 Pt.
Nusschinken	Pfund	1.25
Schinkenspeck	Pfund	98 Pt.
Speck	1 Pfund 58 Pt. mager Pfund 75 Pt.	

Butter und Käse

Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	60 Pt.
f. Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	65 Pt.
Schweizer Käse	Pfund	85, 95 Pt.
Tilsiter Käse	Pfund	68 Pt.
Limburger Käse	Pfund	38 Pt.
Land-od. Kuhkäse	2 Stück	35 Pt.
Gamembert Käse	Stück	18 Pt.
Harzer Käse	5 Stück	10 Pt.

* Frisches Fleisch

Hammelkeule	im Ganzen Pfund	90 Pt.
Hammeldünnung	Pfd.	80 Pt.
Kalbskamm	Pfund	70 Pt.
Kalbsbug	Pfund	75 Pt.
Kalbsbrust	Pfund	85 Pt.
Rinderkamm	Pfund	75 Pt.
Gehacktes	Pfund	60 Pt.
Goulasch	Pfund	60 Pt.
Vordereisbein	Pfund	35 Pt.
Schweineköpfe	Pfund	20 Pt.
Rückenfett	Pfund	45 Pt.
Liesen	Pfund	55 Pt.

* Kassler 80, 88 Pf.

Kaffee	frisch gebraut 1/2-Pfund-Paket	55, 60, 65 Pt.
Kakao	garantiert rein	Pfund 68 Pt.
Puddingpulver	gefärbt 5 Pak.	28 Pt.
Himbeersaft	1/4 Fl. 48 1/2 Fl. 90	
Apfelwein	3 Flaschen	98 Pt.
* Gänseklein		85 Pt.

* Frische Eier 75, 95 Pf.

* Junge Gänse	Pfund	65, 73 Pt.
* Gänserümpfe	Stück	2.50, 3.50
* Junge Hühner	Stück	75, 1.50
* Junge Enten	Stück	1.95, 2.95

* Obst und Gemüse

Aprikosen	Pfund	25 Pt.
Pflaumen	Pfund	18 Pt.
Stachelbeeren	2 Pfund	15 Pt.
Blaubeeren	Pfund	25 Pt.
Saure Kirschen	Pfund	23 Pt.
Johannisbeeren	Pfund	15 Pt.
Australische Äpfel	Pfund	25 Pt.
Birnen	Pfund	20 Pt.

Kartoffeln 10 Pfund 48 Pf.

Grüne Gurken	Stück	8, 12, 15 Pt.
Grüne Bohnen	2 Pfund	25 Pt.
Schoten	2 Pfund	15 Pt.
Mohrrüben	3 Pfund	10 Pt.
Wirsingkohl	Kopf 8 Pt. Weisskohl Kopf 12 Pt.	
Tomaten	Pfund	10, 15 Pt.
Zitronen	Dutzend	25, 35 Pt.
Salat	3 Kopf	10 Pt.

Räucherwaren

Pommersche Flundern	Pfund	30 Pt.
Fett-Bücklinge	5 Stück	18 Pt.
Aale	gekochert	Pfund 1.10
Aale	gekochert	Duzd 43 Pt.
Sardellen	Pfund	58 Pt.
Lachs	gekochert 1/4 Pfund	30 Pt.
Matjes-Ringe		9, 12, 15 Pt.

Bade-Artikel

Frottier-Handtücher	m. Kante weiss	65, 85, 95 Pf.
Frottier-Bade-Laken	für Kinder	95, 1.25, 1.65
Frottier-Bade-Laken	für Herren od. Damen	2.35, 2.75, 3.45

Bade-Mäntel	weiss	3.45, 4.50
Bade-Mäntel	m. Ärmel u. Tasche	6.25, 6.95, 8.50
Trikot-Anzüge	für Herren oder Damen	1.65, 1.95, 2.25

Trikot-Anzüge	für Kinder	65, 75, 95 Pf.
Schwimmhosen	Trikot, für Kinder	15, 20, 35 Pf.
Badekappen	aus Gummi-stoff, garniert	95
	Naturgummi, m. Trikotrand	95, 1.45

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk 776 b.
Am Dienstag, den 14. Juli, verstarb unser Genosse, der Restaurateur **Karl Klatt** Transvaalstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirk N.
Am Sonntag, den 12. Juli, verstarb unser Genosse, der Schlosser **Gustav Nitschke** Plantagenstraße 13, Bezirk 795.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße (Ecke Seestraße), aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Linkwitz.
Nachruf.
Am Sonntag, den 12. Juli, verstarb unser Parteigenosse **Gustav Hübner.**
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Hildegard** sagen wir allen Teilnehmern unseren besten Dank.
1292
Familie Mathew.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heimzuge meines imiggelebten Mannes sage ich allen Kollegen, Freunden, Bekannten und Verwandten meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Hoegge geb. Schulze. 1291

I.M.
wöchentl. Teilzahlung
Lieferung elegant
Herren-Moden
fertig und nach Maß
Garantie für tadello. Sitz und feinste Verarbeitung
J. Kurzberg & Co.
Maß-Schneiderei
Gegründet 1898
Rosenthaler Straße 36
I. Etage
Wir bitten genau auf Hausnummer 36 zu achten, da wir keine Filialen unterhalten.

Dankfagung.
Allen lieben Freunden, Bekannten und den Kollegen meines verstorbenen Mannes, die mich während dessen langer Krankheit unterstützten, sowie den Genossen und Sängern sprechen wir für die bewiesene Teilnahme bei dem Hinscheiden meines unerlässlichen Gatten und Vaters unseren tiefempfundenen Dank aus.
Paula Kroll und Tochter Bouchéstr. 51. 991

Monats-Garderobe!
4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Sommerpaletots sowie u. Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Erde), i. jed. Figur pass. in größter Auswahl u. unübertroffen billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Hirsch Kielerhaum, Straße 12/13 I.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Wieloch sowie den Kollegen der Firma Gölich und den Mitbewohnern des Hauses Ansterburger Straße 17 unseren herzlichsten Dank.
1292
Wilhelm Zieple und Töchter.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Albert Michaelis
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein, dem Sängerkorps Wedding, der Firma Schuchardt u. Schulte, den Mietern des Hauses Albrechtstraße 17 sowie dem Hauswirt Herrn Schubert und den Damen der Vorstandspedition Müllerstraße 33a unseren herzlichsten Dank.
Witwe Emma Michaelis und Kinder. 11791

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstandsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Gustav Nitschke** durch Ertrinken gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzlagerer **Martin Benicke** am 15. Juli im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter **Franz Hufen** Blüthstraße 9, am 14. Juli an Herzleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
1292/6 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gehilfenarbeiter **Georg Kober** am 16. d. M. im Alter von 39 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshäuser Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Dienstag, den 14. d. Mts., verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, der Korsettmacher **Richard Wilke.**
Ein ehrendes Gedächtnis bewahrt ihm
Das Personal der Druckerei Otto v. Holten.
Beerdigung: Sonnabend 1/2 Uhr im Städt. Friedhof, an der Bergstraße. 2721b

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der frühere Holzlagerer **Paul Thier** von der Firma Borchard u. Frühfahrt am 15. d. M. im Alter von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshäuser Friedhofes in Weichensee, Wörthstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
66/20 Die Bezirksverwaltung.



Westmann
Mohren-Strasse 37a (Kolonnaden)
Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andrea-Strasse
Genau: Besichtigung d. Hausnummer erbeten

Nur 2 Tage allergrösste Preisermässigung!

Loden-Pelerinen	150 cm lang, Frotte-Kostüme	876 für 2 Tage nur
Lodenshirts, Phant-Kostüme, echt engl. Gummi-Mäntel, Staub-Mäntel		1276 für 2 Tage nur
Loden-Kostüme, echt holstein. Fabrikat, blaue Kammgarne-Kostüme, seidene Mäntel		1950 für 2 Tage nur
Reinseld. Kostüme, lange Plüschmäntel, elegante seidene Gummi-Mäntel, 500 Gramm leicht		3425 für 2 Tage nur
Echte Ulster-Paletots		22.- für 2 Tage nur
Echte Seal-Plüsch-Mäntel, lang		85.- für 2 Tage nur
Echte Pelz-Mäntel lang, echte Felle		142.- für 2 Tage nur

Sonntags 8-10 geöffnet

Eine Weltreise für 15 Pf.
Bereits 38 000 Anmeldungen.
Retirer versäume, den am vorigen Sonntag beigefügten Zeitungsheft sofort anzufüllen und einzusenden, um für nur 15 Pf. pro Woche die hochinteressante Weltreise mitzumachen. Sollte der Zeitungsheft verloren gegangen sein, genügt eine Postkarte an: „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Carl 11

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

Gewerkschaftliches.

Terrorismus einer Anstaltsdirektion.

In Bräunsdorf bei Freiberg (Sachsen) befindet sich eine große Erziehungsanstalt, der besonders der Fürsorgeerziehung überwiesene Kinder und minderjährige Personen zugewiesen werden. Ein früherer Zögling dieser Anstalt steht seit einiger Zeit bei einem Spektier in der genannten Stadt die Fuhrwerksbesitzer und Spektiere mit ihren Arbeitern, besonders den Kutschern, in Differenzen, wobei es auch zu einem kurzen Streik kam. Bei dieser Gelegenheit scheint der oben erwähnte Spektier auch erfahren zu haben, daß sein Arbeiter, der ehemalige Zögling der Anstalt Bräunsdorf, dem Transportarbeiterverband angehört. Durch ihn hat wohl auch die Anstaltsleitung Kenntnis erhalten, die nun eiligst folgendes Schreiben an den jungen, jetzt übrigens bereits 20 Jahre alten Mann richtete:

Rönlgl. Anstaltsdirektion Bräunsdorf.

Herrn D.

bei Herrn Spektier B.

Wie hier in Erfahrung gebracht worden ist, gehörst Du dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband an. Wenn Du nicht umgehend Deinen Austritt aus diesem Verbands der Anstaltsdirektion anzeigt, wirst Du ohne Gnade in die Anstalt zurückgenommen werden.

Mittels.

Hier versucht eine staatliche Anstaltsdirektion, einen jungen Arbeiter durch unzulässige Drohungen um sein Kontraktionsrecht zu bringen. Zu diesem Vorgehen fehlt allerdings jeder Rechtsgrund. Nur durch ein Minderjähriges einem hiederlichen Lebenswandel hingibt oder Ausschreitungen anderer Art begeht, könnte er wieder in die Anstalt genommen werden; aber auch nur bis zu einem Lebensalter, das der junge Mann schon erreicht hat; das ist ein unerhörtes Verhalten einer Anstaltsdirektion. Ob sie dabei den Wünschen des betroffenen Unternehmers gefolgt ist, läßt sich zwar nicht feststellen, doch spricht viel dafür. Dadurch würde die Sache aber nur schlimmer. Der Vorfall wird voraussichtlich im Landtage erörtert werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Hamann u. Co., Michaelkirchstr. 15, ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Infolge von Lohnhöhen kam es zwischen dem Unternehmer resp. dessen Vertreter und den Arbeitern zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf zwei im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein organisierte Mitglieder wegen beleidigender, aber befristeter Anweisungen entlassen wurden, worauf die im Zentralverband organisierten sowie die übrigen Kollegen und Kolleginnen sich mit den Entlassenen solidarisch erklärten. Angeknüpfte Verhandlungen führten weder in der Lohnfrage zum Ziele noch zur Wiedereinstellung der Entlassenen. Zentralverband der Schuhmacher, Drißwertverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik der Holzarbeiter der Steh-Pianosfabrik in Götha ist vorläufig als beendet zu betrachten. Nach achtwöchigem, ruhig verlaufenem Kampf ist zunächst von den 60 Polierern die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Fabrikleitung bestimmte Zugeständnisse gemacht hatte. Die übrigen Branchen werden nach und nach in den Betrieb zurückgeführt, um Störungen zu vermeiden. Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden sind nicht zu verzeichnen. Sollte in diesem das von den Polierern Gesforderte von der Direktion abgemacht werden, ist in vollem Umfang bewilligt werden.

Kleines Feuilleton.

Ein Kniff. Ein Fräulein Madeleine vom Metropoltheater hatte in einer Hamburger Zeitung den modernen bürgerlichen Männern das Recht auf den Schillertrag abgeprochen, da befugter Kräfte eine freie Kraft sei. Im Hinblick auf den ästhetischen Charakter des Tragischen und auf die großen revolutionären Kämpfe aus der historischen Frühzeit des Bürgertums hatte sie damit durchaus recht. Wir übernahmen also die Bezeichnung „Tracht der Freiheit“, als wir den Vortrag kurz gliederten. In der „Tägl. Rundschau“ hat sich nun aber ein F. H. gefunden, der die polemische Kunst versteht, eine „Tracht der Freiheit“ in eine „Zeit der Freiheit“ zu verwandeln. Auf diese Weise wird uns also der Unfug aufgehaßt, daß wir die schmachtvolle Periode, die Schiller in „Kabale und Liebe“ festgehalten hat, eine „Zeit der Freiheit“ genannt hätten. Um der ganzen Sache mehr Würze und Kraft zu geben, setzt F. H. „Zeit der Freiheit“ als mehrteiliges Bitat in Anführungsstriche, während sich bei selbstverständlicher Weise die Worte noch der Inhalt finden. Ist F. H. wirklich so von journalistischer Stoffarmut geplagt, daß er sich in langen Artikeln über selbstfabrizierte Bitate entzünden muß?

Reinhardts Vorläufer. Er hieß Frankoni, und sein Name ist in der Geschichte des Zirkus das, was der Name Reinhardt in der des Theaters sein wird. Der nach ihm benannte Zirkus, der, anfänglich eine englische Reiterbude, kurz vor der großen Revolution von einem Engländer in Paris begründet war, ging im Jahre 1800 an Frankonis Söhne über. Es wurden dort neben Zirkusaufführungen damals schon große Rimodramen gegeben, bei denen die ganze Familie Frankoni, besonders die Gattin des einen, die schöne Ninette Frankoni, mitwirkte. Aber erst nach dem Brande des Zirkus im Jahre 1826 und der Wiedereröffnung des Neubaus im Jahre 1827 wurde aus dem Zirkus das Theater der 5000. Nach der Revolution von 1830 wurden hier fast nur noch große Rationalspektakelstücke aufgeführt, zu denen der Zirkus so ungeheuer war, daß man nicht selten erst nach einer Wartezeit von 14 Tagen eine Einlaßkarte erhalten konnte. So wurde das ganze Leben Napoleons von der Schule von Brienne bis zu seinem Begräbnis auf St. Helena in zehn Vorstellungen aufgeführt, wobei die herrlichen Dekorationen, die reichen und ganz getreuen Kostüme, das Schlachtengewühl usw. die Hauptrolle spielten. Literarischen Wert hatten diese Werke nicht. Sie waren nämlich nach den Angaben des Direktors von Mitgliedern der Truppe (Dramaturgen also) zusammengestoppelt. Dagegen waren die Inszenierungen so vortrefflich, daß sie allgemeine Bewunderung erregten: Horace Vernet besuchte sie, um seine Schlachtgemälde möglichst lebendig darstellen zu können. Wer nie einer Schlacht beigewohnt, konnte sich hier mitten in einer denken. Dabei waren die Pferde dieser Kavallerie so vortrefflich dressiert, daß sie die erstaunlichsten Dinge, wie das Erklimmen steiler Felsberge usw. mit der größten Geschwindigkeit verrichteten.

Was will dagegen das „Mikafel“ sagen?

Re. A. Reich von „Hotelcratten“ und „Zuwelendieben“ teilt Prof. Dr. K. A. Reich im Juliheft der neuen „Deutschen Strafrechts-Zeitung“ mit. Unter den Hotelcratten finden sich häufig Leute, die angehörenden, ja hochstehenden Familien angehören. So war der

so stellen diese innerhalb einer Woche die Arbeit wieder ein. Es handelt sich um eine kräftige Abwehr fortwährender Verkläglichungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem erschlafften Betriebe. Von den 400 in den Streik eingetretenen organisierten Holzarbeitern sind inzwischen mehr als 100 von Götha abgereist und anderwärts in Arbeit getreten. In der Fabrik wurden während des Streiks verschiedene Erweiterungen und Neuerungen vorgenommen!

Der Kampf in den Linke-Hofmann-Werken beendet.

Die ausgesperrten Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke haben mit 3007 gegen 406 Stimmen Abbruch des Kampfes unter den nachstehenden Bedingungen beschlossen:

Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitnehmer-Kategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern.

Es werden Änderungen an den im Werk gültigen Akkorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Massenarbeit begründet sind. Bei Massenarbeit wird die Mindestlohnzahl, für die der Akkord gilt, zugegeben.

Bei Akkordarbeit, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung einer Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.

Die am 22. Mai 1912 für die Weiberei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen.

Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch bessere bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden.

Die Direktion wird weder eine Entlastung des Koalitionsrechtes noch eine Agitation in den Werksstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Verbotzung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.

Es soll versucht werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verschlossenen Weg zu bringen, soweit es die Vertriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen.

Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berückichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt.

Bei der Wiedereinstellung werden die älteren und berbeitateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt. Maßregelungen werden nicht statifund.

Das Resultat der Abstimmung war im einzelnen folgendes:

Table with 4 columns: Es stimmten, Insgesamt, Ja, Nein. Rows include Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Hirsch-Dundersche, and Vater.

15 Stimmen waren ungfällig.

Niemals ist ein so schwerer wirtschaftlicher Kampf so ruhig und würdig geführt worden als dieser. Da haben viele Tausende Arbeiter fast ein halbes Jahr hindurch Mut und Sorge getragen. Sie haben die Klassen der Arbeitswilligen anrücken sehen, muhten sich öffentlich verböhnen und beschimpfen lassen. Und doch blieben sie ruhig und besonnen. Nicht ein einziger Fall von Ausschreitung, trotz aller Herausforderung, trotz des manchmal sehr scharfen Vorgehens der Polizei und der Gerichte. Wer so diszipliniert ist, por dem muß man den Hut ziehen. Die Art, wie die Arbeiter der Linke-Hofmann-Werke ihren gerechten Kampf führten, sichert ihnen ein bleibendes Denkmal in der deutschen Arbeiterbewegung.

Mit in dem solchen Wegere haben die Leiter der Werke auch nicht gerechnet. Sie glaubten vielleicht, daß es ihnen möglich sein

werde, die Arbeiter im ersten Ansturm niederzuwerfen. Zuvorbedachtlich bedachten sie schon in den ersten Tagen des Kampfes die Friedensbedingungen. Wichtige Unterwerfung, das war das Mindeste, was sie von ihren Arbeitssklaven verlangten.

Vom ersten Tage des Kampfes an haben die Arbeiter ihre Friedensliebe betont. Sie stellten keine Forderungen, sie wollten keine Vorteile, die über den Rahmen des alten Arbeitsverhältnisses hinausgehen würden. Nur die Akkordlöhne sollten aufgehoben werden. Daran aber glaubten sie festhalten zu müssen. Das war der Gedanke, der sie alle zusammen schweißte. Die freiorganisierten Arbeiter aller beteiligten Organisationen, die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner, ja auch die Christlichen standen einig und fest dem übermächtigen Kapital gegenüber. Nur die katholischen Fachvereine dürfen neben dem sehr verdächtigen Werkverein den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, Arbeitswillige geworden zu sein. Während sie das mit ihrem frommen Gewissen abwagten. Den Lohn ihres Verrates ernten sie nicht, denn nicht als Beschlägen lehren die Ausschüßigen ins Werk zurück. Ihnen ist der Ruhm beschieden, einen gewaltigen wirtschaftlichen Streik ehrenvoll ausgekämpft zu haben. Sie können mit Recht erheblichen Hauptes durch die Fabrikstore ziehen.

Steigerland. Aus Essen wird uns gemeldet: Das immer mehr um sich greifende System der Strafarbeit für Steiger scheint wieder ein neues Opfer gefordert zu haben. Mittwoch mittag wurde auf Zeche Helene in Altenessen der Steiger Dan Dyk wegen ungenügender Leistung wieder in die Grube gefagt. Ob nun dem übermächtigen Mann ein Unglück widerfahren oder ob er sich ein Leid angetan hat, ist noch nicht bekannt, aber bis Freitag früh 9 1/2 Uhr ist er trotz allen Suchens, an dem sich auch die Polizei mit Polizeihunden beteiligte, nicht gefunden worden.

Ausland.

Drohende Aussperrung der schottischen Kohlengraber.

London, 16. Juli 1914. (Fig. Ver.) Ein Riesenkampf droht wieder in der britischen Bergwerksindustrie auszubrechen. Das Abflauen der Konjunktur hat in der schottischen Montanindustrie, die das Sinken der Preise meist zuerst fühlt, die gespanntesten Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber geschaffen. Wie in anderen britischen Großbritanniens steigen und sinken auch in Schottland die von den paritätisch zusammengesetzten Einigungsämtern festgesetzten Mindestlohnätze der Bergarbeiter mit den Kohlenpreisen. Laut Vertrag besteht die Mindestlohnhöhe maßgebend ist; einer gewissen Preisbewegung entspricht eine gewisse Lohnbewegung, die auf Antrag der Arbeiter oder Arbeitgeber im Einigungsamt erfolgt. Diese allgemeinen Mindestlohnätze sind nicht zu verwechseln mit den von den Mindestlohnämtern festgesetzten individuellen Mindestlöhnen, die gezielte Sanktion bezahlt und ohne Rücksicht auf die Menge des Arbeitsproduktes bezahlt werden müssen. Das Sinken der Preise und Sinken der Löhne mit den Preisen wird während einer Prosperitätsperiode nicht als ungerecht empfunden; erst wenn die harte Zeit einsetzt, wie heute, wenn die ganze Lebenshaltung der Arbeiter aufs schärfste bedroht wird, tritt die Unhaltbarkeit des Systems kraft zutage. Die miteinander konkurrierenden Unternehmer unterbieten einander und schließen zu Schleuderpreisen Lieferungsverträge ab in dem Bewußtsein, daß die Löhne ganz automatisch fallen müssen. Die Arbeitskraft der Bergarbeiter wird auf dem Markt verschleudert, ohne daß die Arbeiter bei der Verwendung ihres einzigen Kapitals das geringste mitzubringen haben. So ist es jetzt in Schottland geschehen. Die Arbeitgeber verlangen im Einigungsamt eine Lohnreduktion nach der anderen. Vor eilichen Wochen noch wurde ihnen eine Lohnüberhöhung von 6 1/2 Proz. vom Grundlohn (gleich 3 Pence den Tag) gefordert und zurzeit verlangen sie wieder eine Lohnreduktion von nicht weniger als 25 Proz. Dagegen sprächen sich natürlich die Bergarbeiter. Sie haben nach Mitteln gesucht, um diesem Sinken der Löhne Einhalt zu gebieten, und glauben in der Beschränkung der Produktion dieses Mittel gefunden zu haben. Sie sagen sich: Wenn dieses System der Lohnregelung beibehalten werden soll, dann muß es uns auch

Humor und Satire.

Die Quellen des Humors.

Rot strahlt die Sonn' wie ein Kazite, Die Hitze sendet Well' um Well' Und treibt infolge der Physik Den Schweiß durch Leinen und Flanel.

Sogar der Letzte Strohhalm preßt mich, Die „kalte Duelle“ selbst macht mich wühl, Und auch die tollste Dummheit läßt mich — Verdammtes Wortspiel! — heute lähll!

Es ungern die Zeit der sauren Gurken, Der ungern etwas Bitteres kauft, Indem für uns, die Pressekurken, Der Stoff mal nicht so reichlich flieht.

Doch alles erklärt sich sonder Räthen, Weil dies jetzt im Urlaub ist, Was sonst für unrer Vöshheit Wäthen! So reichlich forgt durch die vielen Mist!

Dies eben ist erst die bekannte Soliden Quellen für Humor: Minister, Fürsten, Fabrikanten — Zieh'n jeho die Erholung vor.

Jedoch getroßt! Sie nehmen ihre Geschäfte badigt wieder auf. Dann geht der Kurs auch der Satire Rapid und plötzlich wieder 'rauf!

Kuag.

Notizen.

Ein ausgezeichnete Volkshilfner ist in dem Wiener Professor Eduard Reyer in Jena gestorben. Er war Biologe von Beruf und hatte eine gar strenge Lebensauffassung. Er gestaltete die Bibliothek des Wiener Volkshilfsvereins (10 Bände monatlich) zum Großbetrieb aus und gründete später den Velerin Zentralbibliothek (40 Bände monatlich) und 2 Bände pro Band), der heute 10 Bänden mit 564 000 Bänden und 5 Millionen Entlehnungen jährlich zu bezeichnen hat. Dabei sind von den 8 Millionen Gesamtangaben seit 1898 nur 41 000 Kronen von Staat und Gemeinden gedeckt worden.

Die Parzifalitis. Nach der „Berliner Theater-Woche“ ist der Parzifal seit dem 1. Januar, wo er frei wurde, allein in Deutschland 326mal gespielt worden, davon an der Berliner Oper 48mal, an der Charlottenburger Oper 45mal. In Oesterreich hat die höchste Aufführungszahl die Wiener Volksoper mit 35; erst nach ihr kommt die Hofoper mit 27.

Ein ausgerechneter Volksbildner ist in dem Biologen Professor Eduard Reyer in Jena gestorben. Er war Biologe von Beruf und hatte eine gar strenge Lebensauffassung. Er gestaltete die Bibliothek des Wiener Volkshilfsvereins (10 Bände monatlich) zum Großbetrieb aus und gründete später den Velerin Zentralbibliothek (40 Bände monatlich) und 2 Bände pro Band), der heute 10 Bänden mit 564 000 Bänden und 5 Millionen Entlehnungen jährlich zu bezeichnen hat. Dabei sind von den 8 Millionen Gesamtangaben seit 1898 nur 41 000 Kronen von Staat und Gemeinden gedeckt worden.

gestaltet werden, regulierend auf dem Kohlenmarkt einzugreifen. Der schottische Bergarbeiterverband hat demnach nach reiflicher Überlegung beschlossen, vom 27. Juli ab seine Mitglieder nur an vier Tagen in der Woche arbeiten zu lassen. Damit soll einerseits dem Sinken der Kohlenpreise Einhalt geboten werden und andererseits die Arbeitslosigkeit im schottischen Revier besser verteilt werden. Diesen Beschlus haben die schottischen Werksbesitzer mit der Drohung, alle ihre Arbeiter — über 100 000 an der Zahl — auszusperrn, beantwortet.

So wird es voraussichtlich in weniger als 14 Tagen zu einem großen Kampfe kommen, dessen Ausdehnung und Dauer noch nicht zu übersehen ist. Es ist zum Beispiel noch nicht klar, welche Rolle in diesem Konflikt der Gesamtverband der Bergarbeiter Großbritanniens spielen wird. Auf der letzten Jahreskonferenz in Scarborough versprach er den Schotten seine Unterstützung, wenn man beschließen sollte, ihre Löhne auf weniger als 7 Schilling den Tag herabzusetzen. Der schottische Hauerlohn beträgt zurzeit genau 7 Schilling den Tag. Die schottischen Arbeitgeber verlangen, diesen Lohn jetzt um 25 Proz. vom Grundlohn auf 8 Schilling zu reduzieren. In einigen Tagen wird die Konferenz der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens zusammentreten, um die schottische Frage zu diskutieren. Es wird sich darum handeln, entweder den Schotten finanzielle Unterstützung zu gewähren oder die schottische Aussperrung mit einem Kampf auf der ganzen Linie zu beantworten. Die Schotten weisen darauf hin, daß sie nicht allein für sich, sondern für die ganze Bergarbeiterschaft kämpfen; denn liegen sie den Dingen ihren ungestörten Lauf, so würde die Preispolitik der schottischen Werksbesitzer, die mit der englischen Praxis selbst in London konkurrieren, in kurzer Zeit das Verabstreichen der Löhne auch in der englischen und walisischen Revieren zur Folge haben. Die vierstägige Arbeitswoche ist in Schottland nichts Neues. Die Bergarbeiter Lanarkshires, das größten schottischen Reviers, wandten diese Methode der Produktions-einstellung schon vor Jahren erfolgreich an. Heute aber wird sie zum ersten Male auf ganz Schottland angewendet werden. Auf der schottischen Bergarbeiterkonferenz, die den Beschlus, vom 27. Juli an nur an vier Tagen in der Woche zu arbeiten, endgültig faßte, erklärte der Vorsitzende des schottischen Verbandes, Genosse Smith, der auch dem allgemeinen britischen Verbande vorsteht: „Wem uns die Arbeitgeber aussperrn, werden wir ihnen den längsten Kampf liefern, den wir ihnen je geliefert haben“.

Rom und die englische Arbeiterbewegung.

London, 19. Juli 1914. (Sig. Ber.)

Wohin der immer mehr der Einigung und inneren Festigung zustrebenden englischen Arbeiterbewegung in der nächsten Zukunft die Leidenschaft der religiösen Zersplitterung nicht erspart bleibt, so wird die römische Geistlichkeit Englands sicher nicht daran schuldlos sein. Es vergeht kaum ein Monat, in dem man nicht über einen neuen Versuch der Würdenträger der römischen Kirche, die Arbeiterbewegung Großbritanniens entweder zu beeinflussen oder zu spalten, berichten könnte. Kürzlich tagt in Cardiff der Nationale Katholische Kongress, der in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit des Publikums hauptsächlich wegen seiner Beschäftigung mit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auf sich gezogen hat. Auch in diesem Jahre hat sich der Kongress wiederum eingehend mit denselben Fragen beschäftigt. Der Kongress tagt in Abteilungen in verschiedenen Sälen der Stadt. In der Gewerkschaftsabteilung wurde diesmal eine Resolution angenommen, in der Mac Donal und Snowden aufgefordert wurden, den Sozialismus in klarer und ungeschönter Weise zu definieren. Der Kardinal Bourne, der den Antrag auf die politische und gewerkschaftliche Bewegung der englischen Arbeiter zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, erklärte auf der Resolution, daß die Frage, die die Delegierten diskutieren sollten, nämlich daß sich der Sozialismus in der Verkündung des Abfalls vom Glauben, für die Katholiken von besonderem Interesse sei. Er halte es für gut, daß die katholische Kirche eine Schaar ergebener Männer bestimme, die sowohl Gewerkschaftler wie lokale Führer der Kirche seien. Dann kam der Kardinal auf die Schulfrage zu sprechen. Wie erinnerlich sein wird, hat der britische Gewerkschaftskongress auf Betreiben der Katholiken die bis vor wenigen Jahren beständig anstandslos diskutierten Frage der religiösen Erziehung, für die stets die gewaltige Mehrheit der englischen Gewerkschafter zu haben war und noch zu haben ist, von der Tagesordnung abgesetzt. Im Anschluß daran meinte nun der Kardinal, daß dieses Beispiel schlagend beweise, was eine entschlossene katholische Minderheit tun könne. Für den Erfolg der Arbeiterbewegung sei es nicht nötig, daß diese sozialistische Theorien in sich aufnehmen, und die katholischen Gewerkschafter ihren Kollegen einen Dienst, wenn sie auf die Gefahren hinweisen, die dadurch nicht nur den katholischen Gewerkschaftern, sondern auch der ganzen Arbeiterbewegung vollständigem zerfallen und zersplittern als ihre Identifizierung mit dem Sozialismus. Dann kam der Kardinal Bourne auf die Ehecheidung zu sprechen. Die Erleichterung des Ehecheidungsverfahrens, das heute in England nur den Reichen dient, ist in den letzten Jahren namentlich von der politisch sehr tätigen, etwa 40 000 Mitglieder umfassenden Gewerkschaftsgruppe der Arbeiterfrauen propagiert worden. Diese Tätigkeit der ausschließlich aus Hausfrauen der Arbeiterklasse bestehenden Organisation hat den katholischen Klerus ein Dorn im Auge. Er wühlte es bei der gewerkschaftlichen Union durchzuweisen, daß diese der Kirche androhe, ihr den jährlichen Zuschuß vorzuenthalten, wenn sie diese Agitation nicht einstelle. Aber auf dem vor wenigen Wochen abgehaltenen Jahreskongress der Gewerkschaftsgruppe erklärten die Delegierten fast einstimmig, lieber auf den das halbe Jahreseinkommen der Gatten ausmachenden Zuschuß zu verzichten, als sich derartige Fesseln anlegen zu lassen. Zu diesem Punkte meinte der katholische Geistliche, daß der Wunsch nach einer Erleichterung des Ehecheidungsverfahrens, möge er auch in gewissen Schichten der Bevölkerung bestehen, bei den Katholiken seiner Klasse anzutreffen sei.

Am Abend desselben Tages sprach der Erzbischof von Liverpool, Dr. Whitehead, der über das Thema „Die Kirche und der Arbeiter“ sprach, die römische Kirche als die Kirche der Armen, den wahren Freund der Arbeiterklasse an. Der Bischof von Northampton erklärte, daß die katholische Soziale Kirche den Proleten habe, die Arbeiter zum Denken zu erziehen, während sich die meisten Organisationen nur bestreben, die Arbeiter zu Parteiangewandten zu machen. Dann gab er folgende prophetische oder anfängende Erklärung von sich: „Wir hoffen, daß in kurzer Zeit Arbeiterführer in unserem eigenen katholischen Volk entstehen, Führer, die ihrer Klasse nicht untreu sein werden.“ (Beifall.) Er sprach dann weiter über Revolution und Reform, indem er die erste beurteilte. Ein Herr Hiffer Drummond forderte die Katholiken auf, ihre Parteidifferenzen fallen zu lassen und sich auf kirchlichem Boden zu vereinigen. Politischen Fragen nachzugehen und die religiöse Erziehung der Kinder und die Wohlfahrt der Arbeiterklasse zu gefährden dadurch, daß man sich weigert, sich angesichts der drohenden Gefahr der religiösen Erziehung und der wachsenden Ausdehnung des Sozialismus und des Sozialismus zu vereinigen, heiße die Fabel spielen, während Rom in fast buchstäblichem Sinne des Wortes brenne.

Es ist bezeichnend, daß es die hohen Würdenträger der römischen Kirche sind, von denen diese gegen die Einigkeit und Selbstständigkeit der britischen Arbeiterbewegung gerichtete Rede ausgeht. Solange die Priester noch mit den protestantischen Eiferern zu rechnen hatten, hörte man von diesem Reden wenig oder nichts. Erst seitdem die Anstalten verfallen sind und die Kirche mehr Elbogenfreiheit hat, um ihre Herrschaft zu betriebligen, macht es sich in immer zunehmender Weise bemerkbar. Von den katholischen Arbeitern geht es sicher nicht aus, denn sie werden in den Gewerkschaften oder sozialistischen Organisationen nie ein Wort gehört haben, das sie in ihren religiösen Gefühlen verletzen könnte. Wäre es anders, so hätte der römische Klerus den Fall oder die Fälle sicher schon weitlich ausgebeutet. Die getriebene Tätigkeit

der Priester scheint planmäßig und mit internationalen Verbindungen betrieben zu werden. Darauf deutet unter anderem ein Fall, der unlängst vorlag. Der holländische Bergarbeiterverband, der in der Provinz Limburg dem katholischen Klerus gegenüber, der ihm die Säle abstreift, ihn wirtschaftlich zu schädigen sucht und selbst vor Gewalttätigkeiten gegen die Gewerkschaftsführer nicht zurückschreckt, einen schweren Stand hat, wandte sich in seiner Not an die Bergarbeiterorganisationen des Auslands um Hilfe. Die Bergarbeiterföderation Großbritanniens kam den Holländern herein auch mit einigen Hundert Pfund, die zum Bau eines eigenen Versammlungsorts beizutragen sollten, zur Hilfe. In dem Vorstand der britischen Föderation sah damals ein fanatischer Katholik, der von der Unterstützung der Holländer nichts wissen wollte, da er nicht glauben wollte, daß katholische Geistliche in Holland die Gewerkschaftsbewegung bekämpfen. Jedenfalls durch Vermittlung des englischen Klerus wandte er sich in Limburg an einen Herrn, der sich bei der Verfolgung der holländischen Bergarbeiterbewegung besonders hervorgetan hat. Der Herr war gerade auf Reisen, gab aber nachher aus, daß der holländische Bergarbeiterverband die englische Unterstützung nicht bekommen hätte, wäre sein Antwortschreiben rechtzeitig eingetroffen. Das war natürlich dummes Zeug; denn wer die Loyalität und die berufliche Abgeschlossenheit der britischen Bergarbeiter kennt, kann kaum im Zweifel darüber sein, daß das Antwortschreiben im Papierkorb des Sekretärs verschollen wäre.

Was jetzt sind nur die leitenden Personen der englischen Arbeiterbewegung mit dem Treiben der römischen Geistlichkeit unterrichtet; die Masse der Mitglieder ahnt es kaum. Erzählt diese jedoch, daß sich Unberufene in ihre Angelegenheit mischen und daß diese Unberufenen dazu noch römische Priester sind, so können für die römische Kirche in England schlimme Tage anbrechen. Die Masse der englischen Arbeiter gehört noch den mehr oder minder demokratischen Disziplinargemeinden an, in denen der Haß gegen die römische Geistlichkeit nur schlummert. Dem durchschnittlichen römischen Klerus könnte es dann gehen wie dem eigensinnigen Ochsen, der sich einbildete, einen schwer beladenen Güterzug aufhalten zu können.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs.

Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs sendet uns nachstehende Erwiderung, die wir in folgendem mit einer unwesentlichen Verfürzung wiedergeben.

In Nr. 188 des „Vorwärts“ vom 8. Juli ist ein aus Stuttgart eingehender Artikel über die bevorstehende Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs zum Abdruck gelangt, der uns zu einer Erwiderung nötigt.

Der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ beschäftigt sich zunächst mit dem Wahlrecht, nach welchem die Delegierten zur württembergischen Landesversammlung gewählt werden. Er findet selbst, daß der seit einigen Jahren von einem Teil der Genossen in Stuttgart und einigen anderen Ortsvereinen geführte Kampf um die Änderung des Delegationsrechtes den Parteigenossen Norddeutschlands unverständlich erscheinen muß, zumal, wie er zugibt, andere große Bezirke- und Landesorganisationen kein besseres, „zum Teil ein noch schlechteres Delegationsrecht haben und doch gut dabei fahren.“ Um nun den Genossen Norddeutschlands den merkwürdigen Kampf in Württemberg begreiflich zu machen, sucht der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ nachzuweisen, daß die soziale Struktur der Partei in Württemberg eine von der in den anderen Gebieten des Deutschen Reiches total verschiedene sei. In Württemberg bestünde die Partei aus zwei Gruppen: auf der einen Seite bestehe der von jedem Bezirk entblühte Proletariat, auf der anderen der proletarisierte Kleinbauern, der noch ein paar Felder und ein Häuschen sein eigen nenne, also einen Teil seines Einkommens aus seinem Weitz ziehe. Dieser Besitz würde auf das Denken und Wollen des ländlichen Arbeiters ein. Das heiße verlangen, sein mit tausend Opfern erkauftes Besitztum zu sichern, betrete, daß er die Aufgaben der Partei teilweise unter einem anderen Gesichtswinkel betrachte als der völlig besitzlose Arbeiter. Die Folge sei, daß die weitere Gehalte des Artikels, daß diese Gruppe von Parteigenossen die Landespolitik entscheidend beeinflussen und die andere Gruppe der völlig besitzlosen Proletariat nicht zur Geltung kommen lasse.

Die Parteidifferenzen in Württemberg, die fast ausschließlich auf persönlichen Ursachen beruhen, werden hier in neuartiger Weise auf einen „sozialen“ Boden zu stellen versucht. Gegen die Darstellung aber, die der Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ nunmehr gegeben hat, müssen wir im Namen der württembergischen Landesorganisation Einspruch erheben, weil sie die große Mehrheit der württembergischen Parteigenossen in einem Licht erscheinen läßt, in das sie nach den tatsächlichen Verhältnissen nicht gestellt zu werden verdienen. Die organisierten Parteigenossen, die noch über ein paar Felder und ein Häuschen verfügen, bilden leider nicht die Hälfte, sondern nur eine verschwindende Minderheit in der württembergischen Landesorganisation. Die Verhältnisse in Württemberg unterscheiden sich in dieser Richtung durch nichts von denen im übrigen Reich. Die Parteigenossen mit kleinem Besitz sind dieselben zuverlässigen und kampfbereiten Sozialdemokraten, wie die reinen Proletarier. Wenn es gilt, Opfer zu bringen und weite unzugängliche Gebiete mit Flugblättern zu versorgen, sehen sie stets zur Verfügung. Es ist auch keineswegs richtig, daß die Parteigenossen dieser Orte geschlossen auf dem rechten Flügel der Partei ständen. In den Ortsvereinen, die von den Parteidifferenzen erfaßt wurden, finden sich solche Genossen, deren Denken und Wollen angeblich durch ihren Besitz beeinflusst wird, in beiden Lagern. Und umgekehrt spielen in zahlreichen Ortsvereinen, die sich erfreulicherweise in den Parteizustand nicht haben hineingelassen, die daher auch den neuen Heberradikalismus ablehnen, die „proletarisierten Kleinbauern“ nicht die kleinste Rolle. Die Parteigenossen in diesen Ortsvereinen und die große Mehrheit der württembergischen Parteigenossen überhaupt sind in ihrem Denken und Wollen noch genau dieselben, die sie vor einigen Jahren waren; damals galten sie als die Vertreter der altbewährten radikalen Stimmung in der Partei, die gegen manche „revisionistische“ Richtung der größeren Ortsvereine sich zur Wehr setzte. Das einzige, was diese Genossen sich ausbilden konnten, ist das, daß sie sich nicht an der aus persönlichen Motiven inszenierten Selbsterleuchtung beteiligten. Aber darum verdienen sie nicht als Parteigenossen hingestellt zu werden, die die Arbeit und Aufgaben der Partei unter einem anderen — soll heißen kleinbürgerlichen — Gesichtswinkel betrachten als völlig besitzlose Arbeiter. Völlig besitzlose Arbeiter sind leider die Genossen in ihrer erdrückenden Mehrheit, die von dem Stuttgarter Mitarbeiter des „Vorwärts“ unbedauerlicherweise den Revisionisten zugezählt werden, das Denken und Wollen der Masse der Parteigenossen wird in Württemberg durch die proletarischen Lebensverhältnisse ebenso gleichmäßig beeinflusst wie irgendwo anders im Deutschen Reich.

In dem in Frage stehenden Artikel wird weiter verlangt, daß das „Stuttgarter Organ“ seines Charakters als Landesorgan entleert werde. Es ist interessant, daß jetzt von derselben Seite die Umwandlung der „Lage“ in ein Stuttgarter Organ gefordert wird, die noch vor wenigen Jahren erklärte, daß sie unter allen Umständen Landesorgan bleiben müsse, weil man sie unter der Aufsicht der Genossen des Landes besser aufgehoben glaubte als unter der Aufsicht der Stuttgarter Genossen. Zur Würdigung des Anspruchs, die von den Parteigenossen des ganzen Landes in jahrzehntelangen Mühen und Kämpfen auf ihre jetzige Leistungsfähigkeit gebrauchte „Schwäbische Lage“ in ein „Stuttgarter Organ“ zu verwandeln, diene die Tatsache, daß die Zahl der parteigenösslichen Abonnenten in Groß-Stuttgart (unter Abzug der Abonnenten aus bürgerlichen Kreisen) noch nicht ein Drittel der gesamten Auflage ausmacht.

Den Wunsch, daß die bevorstehende Landesversammlung alle persönlichen Zwistigkeiten ausschalten möge, teilen wir. Er wird um so sicherer in Erfüllung gehen, je mehr alle Beteiligten dazu beitragen, daß die wahren Ursachen der württembergischen Parteidifferenzen durch eine völlig unparteiische Justiz bloßgelegt werden.

Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.

Die Schlüsse, die der Landesvorstand aus der Veröffentlichung unseres württembergischen Korrespondenten zieht, sind unserer Meinung nach abwegig. Es handelt sich nicht darum, daß bestimmte Parteiorde oder Parteigenossen ihre Parteipflicht vollkommener und unvollkommener erfüllen, sondern darum, daß die Verschiedenheit des sozialen Milieus eine Verschiedenheit der tatsächlichen Auffassung bedinge, daß das großstädtische Proletariat im allgemeinen eher einer entschiedenen, den Opportunismus ablehnenden Taktik geneigt sei als das kleinstädtische, auf den Dörfern beschäftigte. Die Frage steht mit der des Delegations-systems insofern in Zusammenhang, als das württembergische System das großstädtische Proletariat verkürzt und damit seine Einflußnahme auf die Taktik der Partei verringert. Hätte aber der Landesvorstand recht, hätte die Verschiedenartigkeit des sozialen Milieus keinen Einfluß, so ist erst recht nicht abzusehen, warum nicht eine größere Gleichmäßigkeit des Delegations-systems geschaffen werden sollte.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen.

In Dietlingen, einem Orte von 2200 Einwohnern bei Pforzheim in Baden, wurden bei den Bürgerausschuhwahlen 15 sozialdemokratische und 15 bürgerliche Vertreter gewählt.

Die sozialdemokratische Parteipresse der Schweiz

umfaßt 14 deutschsprachige Zeitungen, darunter 10 Tageszeitungen, 4 französische Zeitungen, darunter eine Tageszeitung, und eine italienische Zeitung. Ferner gibt die Sozialdemokratie Italiens auf Schweizer Boden eine Zeitung heraus, die jedoch nicht als schweizerisches Parteiorgan angesehen ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Lausitzer Textilindustrie ist kein eng geschlossenes, abgegrenztes Gebiet. Es umfaßt hauptsächlich verschiedene Kreise des Regierungsbezirks Frankfurt. Im folgenden sind die wichtigsten Kreise aufgeführt, und zwar die Zahl der Betriebe und die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 1895 und 1907. Dem Textilgewerbe gehörten an in den Kreisen:

	1895		1907	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Krossen	135	1915	76	2148
Guben (Stadt)	68	2856	77	2478
Rotbus (Stadt)	218	6676	151	7091
Forst	965	14930	484	11105
Sorau	855	14930	855	5027
Spremberg	247	8651	137	4038

Für das Jahr 1907 ergaben sich in den aufgeführten Kreisen 1580 Betriebe mit 31 892 Beschäftigten. Gegen 1895 hat die Zahl der Betriebe sehr erheblich abgenommen, während die Beschäftigtenzahl gestiegen ist. Allerdings ist die Zunahme der letzteren lange nicht so stark wie in anderen Textilbezirken. In der Lausitz ist hauptsächlich die Tuchindustrie zu Hause, wobei es sich meist um mittlere Betriebe handelt. Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es im Regierungsbezirk Frankfurt zwischen 6 und 7000 Webstühle für Tücher und Zeug aller Art. Nach der Rheinprovinz hatte Brandenburg die meisten Tuchfabriken, aber sie waren damals schon durchschnittlich von kleinerer Art als die Fabriken am Rhein. In den sechziger Jahren beschäftigten die Tuchfabriken 3321 Stühle, darunter erst 120 mechanische und 5181 Arbeiter. Am dichtesten waren die Betriebe damals schon in Forst-Sorau, wie es ja auch heute noch der Fall ist. Es folgen dann der Reihe nach Rotbus, Spremberg, die Stadt Guben, endlich Krossen.

Der Bierverbrauch in München geht nach den amtlichen Berechnungen zurück. Er stellte sich auf den Kopf der Bevölkerung berechnet im Jahre 1911 auf 820 Liter, sank auf 812 im Jahre 1912 und dann weiter bis auf 296 im Jahre 1913. Gegenüber den achtziger Jahren ist der Rückgang noch viel beträchtlicher, vorausgesetzt, daß die amtlichen Berechnungen ein richtiges Bild von dem Verbrauch ermöglichen. Im Durchschnitt der Jahre 1886/90 kamen nämlich auf den Kopf nicht weniger als 487 Liter. Die Zahl der Brauereien ist ebenfalls stark zurückgegangen. 1881/85 zählte man noch 37, 1913 nur noch 22 Brauereien. In den Jahren 1886/90 wurden von 34 Brauereien 2,647 Millionen Hektoliter Bier gewonnen, 1913 von 22 3,697 Millionen. Von diesem Quantum wurden damals 1,435 Millionen in der Stadt München getrunken, das damals 296 000 Einwohner zählte. 1912 wurden von 636 000 Bewohnern 1,678 Millionen Hektoliter getrunken.

Soziales.

Zum Arztstand in der Uckermark.

Die Weigerung der Ärzte in Templin und Angermünde, ihre ärztlichen Verpflichtungen zu erfüllen, dauert fort. Infolgedessen hat das Oberversicherungsamt in Potsdam den § 370 der Reichsversicherungsordnung für die beiden Orte in Kraft gesetzt. Danach ist den Mitgliedern der Kassen statt ärztlicher Behandlung eine Summe Geldes zu zahlen. Da die Ärzte nach ihrem Aufruf es aber auch ablehnen, die Kassenmitglieder als Privatpatienten zu behandeln, so überweist die Land- und Ortskrankenkasse Angermünde die Kranken nach Möglichkeit in die Krankenhäuser von Angermünde, Schwedt, Oderberg, Stettin, in das Augusta-Viktoria-Heim in Eberswalde, in die Universitätsklinik in Greifswald und in das Paul-Gerhardt-Stift in Berlin. Dem wohl von ärztlicher Seite informierten „Berliner Tageblatt“ vorliegt die Ueberweisung in die Krankenhäuser nicht. Es verspricht nach wie vor, daß der Ärzteverein durch Aufruf in den Zeitungen erklärt hat, daß die Ärzte die Kassenmitglieder zu behandeln auch gegen Bezahlung oder als Privatpatienten ablehnen. Diese parteiische Berichterstattung des genannten Blattes soll offensichtlich die Lage der Ärzte stärken. Vom Standpunkt der Kassenmitglieder aus und aus sozialen Rücksichten ist die weitestgehende Ueberweisung der Patienten in Krankenhäuser erwünscht. Die Kassen sollten als hinreichende Beschleunigung der Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Reichsversicherungsordnung die Erklärung des erkrankten Kassenmitgliedes gelten lassen. Den Arbeitern ist mehr an möglichst schneller und guter Behandlung als daran gelegen, daß sie statt ärztlicher Behandlung Geld erhalten, zumal die Ärzte erklärt haben, daß sie die Kassenmitglieder auch gegen Geld nicht behandeln wollen. Werden die Uckermärker Kassen und Behörden sich so wie leider manche andere Behörden ins Bockhorn jagen lassen?

Jedes Bauerngut ein Fideikommiss.

Das ist für wahr ein Ziel, des Schwelgers der edelsten ostelbischen Agrarier wert, die ja nicht müde werden, jedem landwirtschaftlichen Kleinrentenbesitzer die Ueberzeugung beizubringen, daß die Interesseneinheit zwischen dem ostelbischen Junker und dem westfälischen Kubbauern kein leeres Singspiel sei. Es wird eben in der Erkenntnis, daß die Großgrundbesitzer für sich allein auf die Dauer politisch zu einer Null werden würden, ganz systematisch daran gearbeitet, die deutschen Bauern zu einem festen Anhängsel des Großbesitzes zu machen.

Welch ein schöner, welch weltergreifender Schritt würde auf diesem Wege getan werden, wenn man beispielsweise das Rezept befolgte, das der bekannte Zentrumsabgeordnete Gerold am 15. Juli auf einer festlichen Veranstaltung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Münster also preisgab:

Wir leben nur zu deutlich, daß das Anerkennerrecht, welches durch die Initiative des Westfälischen Bauernvereins, speziell durch Schorlemer und später in der Gesetzgebung durch Minister v. Scheel zur Durchführung gebracht ist, einen genügenden Schutz nicht geben kann. Und da fragt es sich, ob nicht eine Änderung des bestehenden Zustandes erforderlich ist, um für uns Bauern in der daselbst Recht haben, um den Besitz immer in der Familie zu erhalten, mit andern Worten, uns das zu geben, was der große Besitz im Fideikommiss hat. Es soll dies ein Recht werden, das heißt, jeder soll in seiner Entscheidung freie Hand behalten. Durch dies Gesetz soll der Besitz einer Familie, ob groß oder klein, in der Familie erhalten werden. ... Wir im Parlament werden nicht aufhören, dahin zu wirken, daß die Gelegenheiten, die sich jetzt bei der Umgestaltung des Fideikommissgesetzes bieten, benutzt wird, um dies Ziel zu erreichen.

Ja, das wäre eine ideale Sache, so gewissermaßen durch die Ausgestaltung des Fideikommissgesetzes die Inthronisation von — sagen wir einmal — 500 000 kleinen Bauernmonarchen anzubahnen. Sie würden nach Gerold dann eine feste Stütze der Monarchie werden. Er sagte:

Und so liegt in dieser Befestigung des Grundbesitzes ein kräftiger Schutz für die Monarchie, die in schweren Zeiten ganz besonders durch den Bauernstand unterstützt wird. Alle Revolutionäre haben anerkannt, daß gerade in dem Befestigen Grundbesitz die Monarchie ihre beste Stütze hat, und alle Konstitutionäre, Republikaner usw. haben aus diesen Gründen zunächst dahin getrachtet, die Fideikommissfrage fortzuführen.

Das kann ja eine interessante parlamentarische Betätigung des Zentrums werden! Wenn erst diese fideikommissarische Bindung der deutschen Bauern erreicht ist, wenn erst einmal jedes deutsche Bauerngut ein festes Familienerbstück geworden ist, dann werden natürlich mit einem Male all die Klagen über Arbeitertum auf dem Lande und über all das Drum und Daran verstummen, das deutsche Volk werde gedrunzt, und das Zentrum, dem all das zu danken wäre, beläme ein Denkmal, dauernder als Erz!

Die „Rheinisch-Westfälische“ für kommunalen Wohnungsbau.

Die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk herrschende Wohnungsnot und die Ohnmacht oder spekulative Absichtlichkeit des Privatkapitals, ihr nicht abzuhelfen, läßt sogar das Blatt der Industriekonservativen eine sozialdemokratische Forderung vertreten, nämlich die auf kommunalen Wohnungsbau, „städtische Familienwohnungen“ überschreibt die Redaktion des Blattes einen Leitartikel in der Morgenausgabe vom 14. Juli. Möglich, daß der neueste, himmelstreichende Vorgang in der städtischen Wohnungspolitik der „Müsterwohnstadt“ Essen selbst dem Scharfmacher-Blatt zu hart war. Jenes Zirkular nämlich, in welchem die Armenverwaltung flehigsten Arbeitern, die wegen ihrer starken Familien keine Wohnung bekommen konnten, gleich Zugabunden mit Oststraße drohte, wenn sie nicht bis zum 30. Juni die ihnen — für gutes Geld! — in einer baufälligen Rude überlassene Notwohnung räumten. Wie dem auch sein möge; daß das sozialerhaltende Scharfmacher-Blatt bereits sich zur Vertretung einer sozialdemokratischen Forderung auf dem Gebiete des Wohnungswesens bekennt, verdient Beachtung. Der Verfasser des Artikels glaubt zwar den Hausbesitzern zu nicht verübeln zu können, wenn sie armen oder kinderlosen Familien den Vorzug geben, erkennt aber an, daß hier ein enger Zusammenhang zum Geburtenrückgang gegeben ist. Zum Kern der Sache übergehend, schreibt er:

„Eine Abhilfe kann im Interesse der Einwohnerschaft der Städte nur von den Stadtverwaltungen selbst geschaffen werden, und zwar dadurch, daß die Stadt für eigene Rechnung Wohnhäuser baut und vermietet, die nach Lage, Bauart und Verbindung mit dem Stadtbinnen geeignete sind, als Wohnungen für kinderreiche Familien zu dienen. Die Stadtverwaltung kann dabei auf den Ausbau der Häuser und Wohnungen eine viel größere zweckentsprechende Sorgfalt legen als der private Erbauer von Mietshäusern. Es kann eine übergroße Belastung einzelner Jahreshaushalte durch Mietzinsgaben für Neubauten leicht vermieden werden und die künftige Verwaltung der Stadtbinnen kann vor Fehlbedürfnissen dadurch bewahrt werden, daß der steigende Grundwert des Besitzes an Familienwohnungen ebensowenig in Rechnung gestellt wird, wie es bei anderen nicht vermietbaren Gebäuden für Dauernutzung (Kathäuser, Kirchen, Schulen usw.) geschieht. Hierin liegt der wesentlichste Grund für den Bau städtischer Familienwohnungen, da ein privater Bauherr die kapitalistische Wertveränderung des Grundbesitzes aus seiner Rechnung nicht weglassen kann. Um ihre soziale Aufgabe voll zu erfüllen, würden die städtischen Wohnhäuser mehrzimmrige Familienwohnungen enthalten müssen, bei denen der Mietpreis nicht dem Kubikmeter benutzbaren Raumes steigt, sondern unabhängig davon in möglichst gleichmäßiger Höhe gehalten wird.“

Zum Schluß wird noch der Meinung Ausdruck gegeben, daß zwar Ein- oder Zweifamilienhäuser freis Hausbauern vorzuziehen sind, daß aber im Interesse der kleinen Geschäftsleute, Gewerbetreibenden und Arbeiter, die ihren ganzen wirtschaftlichen Lage nach auf Wohnungen im Innern der Stadt angewiesen sind, auch Etagenhäuser gebaut werden sollten. Man kann darüber geteilter Meinung sein. Im Platz würde es in Essen allerdings nicht mangeln; dort gibt's im Zentrum ganze Straßenzüge mit mittelalterlichen, baufälligen kleinen Wohnhäusern, die längst zum Abbruch reif sind. Wichtig ist uns die grundsätzliche Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Forderung. Eine Uebereinstimmung über die Höhe der Mieten der Offener „Müsterwohnstadt“ Wohnungspolitik ist die Oberbürgermeister des „Müsterwohnstadt“ berts ein langes Gesicht machen werden.

Will man wirklich der Wohnungsnot steuern, so muß man die von der Sozialdemokratie vorgezeichneten Wege beschreiten und sie von Anfang bis zu Ende durchschreiten. Das zeigte sich ja auch in der Kommission des Landtages zur Vorbereitung des sogenannten Wohnungsgesetzes. Da stemmt sich die Regierung und die bürgerliche Parteien, mit Ausnahme der Fortschrittspartei, dagegen, daß der Staat den Wohnungsbau fördern soll. Damit, hieß es, würde man auf sozialistische Wege geraten. Die Förderung des Wohnungsbaues müsse man den Gemeinden überlassen. Als ob dadurch nicht sozialistische Wege beschritten würden! Die Zeit wird kommen, in der man sich darüber wundern wird, daß es

Privateigentum an Grund und Boden gegeben hat. Man wird das für ebenso widerwärtlich, gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßend erachten, wie heute allgemein das Privateigentum an Menschen, die Sklaverei in ihrer reinsten Form. Die wachsende Wohnungsnot und die strapellose Ausbeutung des formalen Eigentumsrechts, wie sie nicht minder stark von Hausagrarierern wie von Fideikommissbesitzern geübt wird, beschleunigt die Empörung gegen die herrigen Zustände und damit ihre Beseitigung.

Gerichtszeitung.

Arbeiterjugend — erwache!

Ueber dieses Thema sollte am 16. April in Dichtenberg referiert werden. Das behagte der Polizeibehörde nicht. Der Jugendliche soll nicht erwachen, denn das wäre politisch. Um die Jugendlichen zum Schlafen zu bringen, verwehrt die Polizei den Jugendlichen unter 18 Jahren das Anhören des Vortrags. Die Jugendlichen hörten dann in einem anderen Lokal einen Vortrag. Die Polizei kam dahinter, räumte das Lokal und trieb die Menschenmenge keineswegs sanft in die Polizeigebäude. Diese Polizeiaktion hatte gestern vor dem Dichtenberger Schöffengericht ein Nachspiel.

Angeschlagener „grober Unfug“ war ein Formelverstoß. Er soll auf der Straße am 16. April geübt und getrieben haben. Er erklärte: er sei mit der Menschenmenge, die aus der aufgelösten Versammlung kam, die Frankfurter Chauffee herausgegangen und sei an der Ecke Ladbörger Straße von einem Schuttmann festgenommen worden. Richtig sei, daß er sich mit anderen laut und erregt über die sich abspielenden Vorgänge unterhalten habe. Gefungen oder geohlt habe er nicht. Der als Zeuge vernommene Schuttmann behauptete: in einem circa 6 Schritte hinter ihm sich befindenden Menschenhaufen sei geohlt worden. Als er sich umdrehte, habe er den Angeklagten gesehen, angenommen, er wäre einer der Schreier, und habe ihn festiert. Ob der Angeklagte auch gefungen habe, könne er nicht sagen. Der Anwalt beantragte 6 M. Geldstrafe. Das Gericht sah durch die Aussage des Schuttmannes als erwiesen an, daß der Angeklagte zwar nicht lauter als die anderen, aber doch geohlt und geschrien hätte. In Anbetracht seiner Jugend und bisherigen Unbescholtenheit wurde er zu einem Verweis verurteilt.

Wie ein Unschuldiger zu einer Anklage kam.

Eine eigenartige Auffassung hatten die Staatsanwaltschaft und das Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Anklage wegen angeblicher Unterschlagung betätigt. Die Strafammer nahm gestern als Berufungsinstanz die notwendige Korrektur vor.

Der Restaurateur Feil Schmidt war vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe auf Grund folgenden Sachverhalts verurteilt worden: Der Angeklagte hatte seinerzeit das am Bahnhofs Bellevue gelegene „Café Gärtner“ von der Wöhrbrauerei übernommen und für den großen Vorgarten dieses Etablissementes bei der später in Liquidation geratenen „Deutschen Benzol-Fabrik-Gesellschaft“ eine Lichtanlage zum Preise von 2000 M. unter Eigentumsvorbehalt gekauft. Er zahlte 600 M. an, stellte dann aber die Anlage, da sie nicht funktionierte, der Gesellschaft wieder zur Verfügung, nachdem er sie mehrmals vergeblich aufgefordert hatte, die Anlage durch einen Monteur in ordnungsmäßigen Zustand setzen zu lassen. Da es wiederholt vorkam, daß das Licht plötzlich ausging und die Gäste einfach das Lokal verlassen, häufig auch ohne zu bezahlen, ließ S. eines Tages, um sich vor derartigen geschäftlichen Schädigungen zu schützen, die ganze Anlage abreißen, nachdem er vorher bei den städtischen Gaswerken eine andere Anlage bestellt hatte. Die Gesellschaft wurde nochmals aufgefordert, die Lampen abholen zu lassen. Da diese Aufforderung keinen Erfolg hatte, ließ Schmidt schließlich die Lampen nebst Zubehör in den verlassenen Keller bringen. In der Folgezeit wurden nun auf dem Grundstück mehrere Einbruchdiebstähle verübt, bei denen den Dieben auch ein Teil der Lampen und die dünnen kupfernen Leitungsdraht in die Hände fielen. Als die Gesellschaft endlich die Anlage abholen ließ, fehlte natürlich ein großer Teil der Gegenstände. Statt nun die Einbrecher zu fassen, anzugreifen und zu verurteilen, wurde nach Jahresfrist bei dem nicht wenig überzogenen Restaurateur, nach Bestohlenen, auf eine Anzeige der Benzolgesellschaft hin, eine Hausdurchsuchung abgehalten und gegen ihn Anklage wegen — Unterschlagung erhoben.

Das scheinbar Unmögliche wurde Ereignis. Schmidt wurde von dem Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung dieses eigenartigen Urteils ist es wörtlich: „Der Angeklagte hat angegeben, daß er die Sachen in den Keller schaffen lassen und sich dann nicht mehr darum bekümmert habe. Das ist keine genügende Entschuldigung. Der Angeklagte durfte die Sachen nicht so sorglos umherliegen lassen, dadurch hat er geradezu bewirkt, daß sie fortkamen. Nur der wirkliche Eigentümer darf mit seinen Sachen so schalten und walten. Der Angeklagte hat mithin über die fremden Sachen so verfügt, wie ein Eigentümer, was einer Zueignung gleichkommt.“ In der Verhandlung vor der Berufungsinstanz unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ratts machte Rechtsanwalt Darts Pleins als Verteidiger des Angeklagten geltend, daß ein Bestehenbleiben dieses Urteils die unglaublichsten Konsequenzen für die Geschäftswelt haben würde. Der Angeklagte habe die Sachen in den Keller schaffen lassen und damit seiner Aufbewahrungspflicht genügt. Man könne doch nicht verlangen, daß er sie auf seine Kosten gegen Diebstahl versichere oder sie in dem Krefor der Deutschen Bank unterbringen lasse. — Das Gericht kam zu einer Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten mit der Begründung, daß hier von einer erschloßen, bewußt rechtswidrigen Handlungsweise, die der Unterschlagungspatragraph verlangt, nicht die Rede sein könne, eine bloße Unachtsamkeit genüge keinesfalls.

Schulente als Diebe.

Vor der Strafammer in Bremen hatte sich am Donnerstag ein Schuttmann wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte einem Obsthändler von seinem Wagen drei Risten Obst entwendet. Mehrere Schulknaben hatten ihn beobachtet und bis zu seiner Beherrschung verfolgt. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, er habe eine Riste gekauft. Der Obsthändler widerlegte diese Behauptung. Das Gericht verurteilte den Schuttmann zu sechs Wochen Gefängnis.

Einige Tage zuvor hatte dieselbe Strafammer einen anderen Schuttmann wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Dieser hatte eine ihm als gesunden übergebene goldene Uhr und Kette nicht abgeführt, sondern unterschlagen.

Kritik über Beleidigung?

In dem gestrigen Bericht über den Otto-Ernst-Prozess hatte sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt dort, der Angeklagte erklärte, daß er selbst sagen müsse, daß der Kritiker nicht sehr geschmackvoll sei, selbst erseine er, wie jedoch heute noch nicht.“ Es muß, wie der Sinn ergibt, heißen: „trotzdem erseine er ihm jedoch heute noch.“

Versammlungen.

Die Arbeitsverhältnisse im Warenhaus Tempelhof, Ins. Glend, gaben dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20, Veranlassung, die Angestellten dieser Firma zu einer Betriebsversammlung zusammenzurufen. Der Referent Kollege Schmidt versamte an Hand des vorzulegenden Materials und der von der Firma herausgegebenen Arbeitsordnung geradezu unhaltbare Zustände bei dieser Firma feststellen. Die Bezahlung des weiblichen Personals bewegt sich zwischen 15 und 50 M., im besten Falle 75 M. pro Monat. Dafür dürfen sie aber abends um 1/2 11 Uhr noch Paßete zur Handarbeit mitnehmen. Wenn dann dieselben Angestellten am anderen Tage zu spät kommen, so zahlen sie nach der Arbeitsordnung bis 9 Uhr für jede 5 Minuten 10 Pf. Strafe, das beträgt 1,20 M. Der mit 35 M. pro Monat entlohnte Angestellte erhält aber pro Tag nur einen Lohn von 1,15 M. Außerdem gibt es noch 16 verschiedene Arten der Strafen. Diese Strafen werden den Angestellten vom Gehalt gekürzt, was durch Gesetz verboten ist. Aber um Gerechtigkeit kümmert man sich bei der Firma Glend sehr wenig, so zählt man den Angestellten während der Krankheit das Gehalt nicht weiter. Dafür erfährt man aber sonst eine liebevolle Behandlung. Neuerungungen wie: „Ich habe mit Ihnen Schlitten und ich schmeiße Sie auf die Straße“ fand an der Tagesordnung. Es gab aber zwei Angestellte, die den Mut hatten, die Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma als „angenehme“ zu bezeichnen, wofür schließlich in der Absicht, sich bei der Firma in Erinnerung zu bringen. Ihnen wurde dann nochmals das ganze Sündenregister der Firma vorgehalten. Der Referent meinte, daß die Angestellten doch meist Eöhne und Löhner der Arbeiter seien, die sich derartige Zustände nicht länger gefallen lassen dürfen und durch den Zusammenschluß im Zentralverband für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Firma mit allen Mitteln kämpfen werden. Damit schloß die interessante Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Donnerstag 20. von 10 bis 11 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Nachdruck und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Mitteilungen sind nicht erbeten. Anfragen, denen eine Abdruckentwärtigung begehrt ist, werden nicht beantwortet. Müßige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. W. 2. 1. Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, welche Rolle Sie meinen. 2. Erklären Sie sich in einer Tropfenabhandlung. — W. G. 27. Unentgeltliche Auskunft über Patente usw.: Göttinger Straße 109. Das Patentamt selbst: Göttinger Straße 97/108. — W. V. 100. 104. und mich richtig. — H. W. 99. Das dreijährige Kind ist frei, hat aber keinen Anspruch auf einen Stipendium. — H. W. 100. Ihre Frage ist unverständlich. Sie geben nicht an, um was für eine Tour es sich handelt. — C. W. 9. 1. Das Einkommen des vorhergehenden Kalenderjahres wird der Einkünfte zu Grunde gelegt. 2. Fragen Sie bei der „Vollstreckungs“, Rechnungsteil 1, Berlin, Engelauer 19, an. — H. R. 24. Erlauben Sie am besten bei einem Vogelkundler. — P. C. 67. Von einer Schadenersatzklage versprechen wir uns keinen Erfolg. Verfügen Sie es mit einem Antrag an die Gläubigerdirektion. — H. R. 400. 1. Rein. 2. Inmehrfach. Von einer Klage rufen wir ab. — H. W. 100. 1. Rein die Armenverwaltung. 2. Eine Verpflichtung zur Rückgabe haben Sie nicht. — H. W. 28. Eine solche Stelle können wir Ihnen auch nicht mitteilen. — G. S. 28. Der Mann ist auch schwerlich der Frau gegenüber unterhaltspflichtig. — Otto 001. Dazu bedarf es eines besonderen Antrages. Einen besonderen Grund, einen solchen Antrag zu stellen, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. Das zweifelhafte ist, Ihre Frau bleibt mehr wie 28,85 M. wöchentlich gebühren. — G. S. 100. Ein Recht zur Vertragung haben Sie deswegen nicht. Verfügen Sie sich gütliche Einigung. — H. W. Das Verlangen der Steuerbehörde ist im Gesetz begründet. — H. G. 02. Unterer Gradus sein. — G. S. 86. Ja. — G. S. 47. 1. U. G. nein. 2. 1,05 M. 3. Nur dann, wenn es vereinbart wird. — H. G. 02. In derartige ärztliche Angelegenheiten und Fragen müssen wir uns grundsätzlich nicht einmischen. Wenn Sie sich dafür an jemanden oder an einen anderen Arzt mit Ihrem Wunsch. — W. B. 14. Juli 1789. — S. R. Ja. — W. S. Rein. — G. C. 1237. Das erfahren Sie in jeder chemischen Reinigungsanstalt. — S. 88. Ja.

Witterungsüberblick vom 17. Juli 1914.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer hoch/niedrig, Windrichtung, Wetter, Temp. d. Tag/Nacht, Stationen, Barometer hoch/niedrig, Windrichtung, Wetter, Temp. d. Tag/Nacht. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Gagaranda, Petersburg, Sibir, Altdorf, Paris.

Wetterprognose für Sonnabend, den 18. Juli 1914. Zunächst wieder stiller, heiter, etwas wärmer, bei meist schwachen südwestlichen Winden; später neuer Zunahme der Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmorgen: Zunächst auch stiller, außer an der Küste, mitbedeutende Gewitterregen mit Abkühlung. Im Westen langsame Aufhellung und wieder etwas wärmer, später neue Gewitter.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstrasse 69. Der politische Streik von H. Laufenberg. VII und 260 Seiten (Bd. 54 der Int. Bibliothek.) Broschiert 2 M., gebunden 2,50 M. Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung von Emil Vandervelde. Autorisierte Übersetzung v. Hanna Gernsheimer-Hertz. 154 Seiten. (Band 55 der Int. Bibliothek.) Broschiert 1 M., gebunden 1,50 M. Unser Schrittenverzeichnis versenden wir auf Wunsch gratis und franko.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Tegelort, Sporthaus bei Emil Mothes.

Leichte Sommer-Kleidung

zu enorm billigen Preisen

- Wasch-Joppen 90 Pf.
- Lüster-Jackette 3.—
- Pique-Westen 2.25
- Weißer Hosen mit Umbug und Schlaufen 3.50
- Bastfarbene Jackette 4.50

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gr. 1891 Schönberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 49 (Neueste Moden) kostenfrei



Prima Hammelfleisch

Außerordentlich billig

Um unser vorzügliches australisches Hammelfleisch — amtlich untersucht — einzuführen, offerieren wir:

- Dicke Rippe 73 Pf. Dünung 63 Pf.
- Keule 75 Pf. Rücken 68 Pf.

per Pfund.

Australisches Hammelfleisch ist von ganz vorzüglicher Qualität, sehr schmackhaft und wird in England von Millionen bevorzugt.

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme.

Deutsches Hammelfleisch zu billigsten Tagespreisen.

Hammel-Consum, G. m. b. H.,
Berlin C 25,

Gontardstraße, neben der Zentral-Markthalle,
vis-à-vis vom Bahnhof Alexanderplatz. 93/15*

Keine Filialen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
höflichste Eleganz

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadelloste Sitz.

Jonas Kurzberg

Oranienstr. 160^a

zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte auf Hausnummer u. rote Schilder zu achten.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Jede Hausfrau, die Kaiser-Briketts verfeuert, spart!



Theater und Vergnügungen

Sonntag, 18. Juli 1914

Anfang 8 Uhr.

Vossage-Theater. Kino-Varieté.
Potsdamer Naturtheater. Alt-
Potsdam.

Anfang 8 Uhr.

Hranis. Streifzüge durch Kor-
wegen.
Wesien. Das Rheingold.
Schiller O. Der Postillon von
Lyonnais.

Berliner. Wie einst im Mai.
Königsgrätzer Straße. Nr. 2a.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Theater an der Weidenammer
Brücke. Der müde Theodor.

Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Palast-Theater. Varieté und Licht-
spiele.

Berliner Theater-Theater. Orig.
Anfang 8¹/₂ Uhr.

Steines. Der Ried.
Theater am Nollendorfplatz.
Der Juxbaron.
Walhalla. Der Hund von Baste-
ville.

Folies Caprice. Schwache Nerven.
Eine ruhige Sommerwohnung.
Verbotene Frucht.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Deutschensiedler.

Zuifen. In neues Bild.
Anfang 8¹/₂ Uhr.

Reißens. Die verfluchte Liebe.
Centralpalast. Im Tangoklub.
Eines Nollendorf-Theater.
Das Rätsel.

Steinwarte. Inhabersstr. 57-59

Theater in der Königsgrätzer Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Berliner Theater.
Zum 285. Male. 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
Sonntag, Sonntag, 8 Uhr:
Das Rheingold.

Theater a. d. Weidenammerbrücke
Täglich 8 Uhr, zum 135. Male,
und 31. Juli zum letzten Male:
Der müde

Theodor.

Sachse-Oper.
Schiller-Theater O. Theater.
8 Uhr:

Der Postillon von
Lyonnais.

Reichshallen-Theater.
Gastsp. d. berühmten Dresdner
Viktoria-Sänger
Für Berlin völlig
neues Programm.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7¹/₂ U.
Sonntag, 1. Aug.
Ereignis
der Saison der
Stettiner Säng.

Reichshallen-Theater.
Gastsp. d. berühmten Dresdner
Viktoria-Sänger
Für Berlin völlig
neues Programm.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7¹/₂ U.
Sonntag, 1. Aug.
Ereignis
der Saison der
Stettiner Säng.

Friedrich-Wilhelmst. Th.

8¹/₂ Uhr. Op. d. Operettenschlager:
Leutnantslieben.
Theater am Nollendorfplatz 5.
8¹/₂ Uhr:
Der Juxbaron.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Der Silberkönig.
Anfang 8 Uhr.
Auf der Gartenterrasse —
Rund um die Spree. Gr. Renne.
Recher Konzert. Spezialitäten.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Saharet

die australische Tanzdiva
Pezinas Kaufmanns
Pagelien Veronacyclo
Kabarett Truppe
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!
Entreeplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Morgen Sonntag:
Durch fremde Schuld.

Drig. Volkstheater mit Gesang u. Tanz
in 3 Akten von Seelen u. Nichter.
Gänzlich neue Spezialitäten.
Koffeneröffnung. 10 Uhr. Anf. 2 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönb. Allee 148. Kastanienallee 97/99
Unter neuer Leitung
der beliebten Direction W. Herrmann.

Konzert, Theater, Spezialitäten.
Zum Schluss: Wo hast du dein
Weib? Weibchen! Anfang 4 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten
weiblichen
Azteken!

AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddhas Geisterstafel.

Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter filiale Groß-Berlin

Sonntag, den 19. Juli 1914, in den Gefanträumen der
„Brauerei Friedrichshain“

Großes Sommerfest

Konzert und Theater

Mitwirkende: Tonkünstler-Orchester (Kapellmeister Fritz Blume), Sängerschaft der
Gemeindearbeiter Groß-Berlins, M. d. D. A.-S.-B. (Chormeister O. Kowalski), und erst-
... Klasse künstlerische Kunstkräfte — Kasperle-Theater und Kinder-Fackelzug ...

Im großen Festsaal von 5¹/₂ Uhr ab: TANZ (Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 50 Pfennig nach).
Anfang 4 Uhr Eintrittskarte 25 Pfennig Programm gratis
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne, Mütze oder Schärpe gratis. — Die Kaffeeküche ist
von 8 Uhr ab geöffnet. Bei ungünstiger Witterung finden die Festveranstaltungen in
den Sälen statt. 35/7



Von der Michaelbrücke am Stadtbahnhof. Heute
Sonntag große Sommerachts- Promenaden-
fahrt mit Ruff nach Schmüdow, Restaurant Storch-
nest, belebte Lang-Reston. Abfahrt 7¹/₂ Uhr abends.
Preis hin und zurück 50 Pf. — Außerdem Sonntag, Abf. 9 Uhr, zum
Bergmannsfest nach Rüdersdorf und Holtesdorf. Preis hin und zurück 1 R.
Rüdersdorf 1,30 R. — Ferner mit Ruff Montag, Dienstag u. Donner-
stag zum Bergmannsfest nach Rüdersdorf. Preis hin und zurück 70 Pf.
sonst täglich 9¹/₂ und 2¹/₂ Uhr nach Voltersdorf und Grünheide. Preis
hin und zurück 50 Pf., Grünheide 1.— R.
Reederei Zachow. Tel. Rgt. 6965.
94/11

Sonntag, d. 26.: Extrafahrt nach Teupitz. Abfahrt 7¹/₂ Uhr früh.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernsprecher Königt. 2052.

Voranzeige.
Am Sonntag, den 2. August:
I. Dampfer-Extrafahrt durch den
neuen Großschiffahrtsweg
von Berlin bis Niederfinow

Abf. 7¹/₂ U. Weidendammer Br. — Bahn. Friedrichstr. zur Hinfahrt 3.10.
Tornows) Abf. 7¹/₂ Uhr Waisenbrücke.
II. Nach Teupitz (Idyll) Hin u. zurück 2 R.
In beiden Fahrten sind Fahrkarten vorher in unserem
Bureau, C 2, an der Stralauer Brücke 4/5, zu haben.

Achtung! Ab Weidendammer Brücke.
Am Donnerstag, d. 23. Juli, und dann jeden Dienstag u. Donnerstag
nach Phoebe durch die herrlichen Havelseen.
Abfahrt 8¹/₂ Uhr. Hin u. zurück 1 R.

Billige Extrafahrten ab Waisenbrücke:
Jeden Freitag u. Donnerstag Wenden-
schloß-Grünau-Krampenbr. Abf. 2 Uhr,
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 50 resp. 25 Pf.
Jeden Dienstag und Freitag nach
N.-Ahlbeck, Müggelschloß, Woltersd. Schleuse 59 Pf.
Jeden Mittwoch nach Wenden-
schloß-Grünau-Krampenbr. Abf. 2¹/₂ Uhr,
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Jeden Mittwoch nach
Teupitz (Tornows) Abfahrt 8 Uhr,
Idyll) hin und zurück 2 R.
Von Café Alsen (Schlesische Brücke) Abfahrt je 1/2 Stunde später.

Neu! Ab Neukölln
Jeden (S. u. M.) ab Kaiser-Friedrichs-
Sonntag (8¹/₂ u. 2¹/₂ Uhr ab Widenbrücke, nach Krampenbr.
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 50 resp. 25 Pf.
Die Rückf. der Sonntagstour endet abends in Café Alsen resp. Waidenbr.
Montag und Freitag Neu-Ahlbeck, Woltersd. Schl. Abfahrt 8.50 Uhr
Donnerstag) Müggelschloß, Neue Mühle, Kais.-Friedrichs-
Dienstag und Freitag) Grünau-Krampenbr. Abfahrt 9.05 Uhr
Freitag) Krampenbr. Wildenbruchbr.
Mittwoch) Grünau-Krampenbr. Abf. u. zur. 55 Pf.
Kind. 25 Pf. 50 Pf.

Jeden Montag Neu-Ahlbeck, Neue Mühle, Abfahrt 1¹/₂ Uhr
u. Donnerstag) Müggelschloß, Neu-Helgoland, Kais.-Friedrichs-
Jeden Dienstag) Grünau-Krampenbr. Abfahrt 1¹/₂ Uhr
und Freitag) Grünau-Krampenbr. Wildenbruchbr.
Jeden Mittwoch Grünau-Waldidyll Abf. u. zur. 50 Pf.
Kind. 25 Pf.

Von Café Alsen (Schl. Br.) Abfahrt etwa 1/2 Stunde später.

Neu! Ab Neukölln
Jeden (S. u. M.) ab Kaiser-Friedrichs-
Sonntag (8¹/₂ u. 2¹/₂ Uhr ab Widenbrücke, nach Krampenbr.
hin u. zurück 1 R., einloch 50 Pf., Kinder 50 resp. 25 Pf.
Die Rückf. der Sonntagstour endet abends in Café Alsen resp. Waidenbr.
Montag und Freitag Neu-Ahlbeck, Woltersd. Schl. Abfahrt 8.50 Uhr
Donnerstag) Müggelschloß, Neue Mühle, Kais.-Friedrichs-
Dienstag und Freitag) Grünau-Krampenbr. Abfahrt 9.05 Uhr
Freitag) Krampenbr. Wildenbruchbr.
Mittwoch) Grünau-Krampenbr. Abf. u. zur. 55 Pf.
Kind. 25 Pf. 50 Pf.

Jeden Montag Neu-Ahlbeck, Neue Mühle, Abfahrt 1¹/₂ Uhr
u. Donnerstag) Müggelschloß, Neu-Helgoland, Kais.-Friedrichs-
Jeden Dienstag) Grünau-Krampenbr. Abfahrt 1¹/₂ Uhr
und Freitag) Grünau-Krampenbr. Wildenbruchbr.
Jeden Mittwoch Grünau-Waldidyll Abf. u. zur. 50 Pf.
Kind. 25 Pf.

Von Café Alsen (Schl. Br.) Abfahrt etwa 1/2 Stunde später.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Prof. Bjorne W. Smith, Bergen:
Streifzüge durch Norwegen,
das Land d. Mitternachtssonne.

ZOOLOG

ischer Garten
Täglich
Gr. Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Sommertheater 'Urania'

Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.
Täglich erstklass. Varietévorstellung
Im Garten 9000, im Saal 900 Sitzplätze
Sonntags und Sonntags: Ball!
Saal für Vereinsbälle 1000 Plätze.

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.

Folies Caprice.

Heute Premiere.
Schwache Nerven.
Eine ruhige Sommerwohnung.
Verbotene Frucht.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Berlins kühler Aufenthalt.
Abends 7¹/₂ Uhr: „Im Tangoklub“
und „Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10¹/₂ Uhr
halbe Kasenpreise.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Sonntag, den 18. Juli, sowie täglich:
Konzert und Vorstellung
und
Oberbayern
mit vollständig neuer Alpendekoration.
Bayrische Kapellen. Bayrische Madels.
Entree 25 Pf.

Gewerkshaus

Menu für Sonntag, 19. Juli,
a 1 M.
Tomatensuppe.
Bouillon mit Rind.
Ostgrün mit Möhren.
Lachs mit Remoulade.
Blumenkohl mit Sauce.
Rinderbrust mit Meerrettichsauce.
Fleischlopfen en casserole.
Gänsebraten.
Rahmcremebraten.
Prager Schinken garn.
Kompott oder Salat.
Fis oder Rife.
Nochzeitsmenüs
von 2 R. an.
Stadtküche
in allen Ausführungen.
Aus eigener Schlächterei:
Dampfwurst
Schinkenwurst
Leberwurst
Schinken zum Kochen
a Pfd. 1 R.
Täglich:
Konzert
im Garten.

Parteiangelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Großes Volksfest morgen, Sonntag, von 3 1/2 Uhr an in der Berliner Hofbrauerei...

Der Bildungsausschuss.

Vierter Wahlkreis. Die Mitglieder der 10. Abteilung veranstalten am Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr...

Reußlau. Die Uglurionspartie der Jugendsektion nach Chorin findet am Sonntag, den 19. d. Mts., statt.

Lichtenberg, 10. Abt. Morgen Sonntag: Ausflug nach Heidekraug. Abfahrt: Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde...

Hohen-Schönhausen. Am Montag, den 20. d. Mts., findet ein gemeinsamer Ausflug der Genossinnen nach Ziegel statt.

Biesdorf. Die Genossen, welche im Besitz von Teilnehmerkarten zum Besuch des Botanischen Gartens sind...

Berliner Nachrichten.

Brillant-Feuerwerk.

Die alte Sitte, zur Volksbelustigung an schönen Sommerabenden ein Feuerwerk abzubrennen, ist noch nicht ausgestorben. Es gab vor Jahrzehnten eine Periode...

Mit dem Siegeslauf des elektrischen Lichts kam es anders. Es schien, als ob das Publikum von Feuerwerk übersättigt war oder in den elektrischen Lichtfluten...

Nur den patriotischen und nationalen Almbim nebenbei kann man sich noch immer nicht abgewöhnen. Die feurigen Kronen und Breitenadler sind mehr als abgedroschen...

Serien!

Vom Anfang der Schulserien an höre ich jetzt jeden Morgen um die bestimmte Zeit auf dem Hofe eine Kinderstimme rufen: „Fliegenfänger! Stuhl fünf Pfennige!“

Ich trete ans Fenster und sehe auf dem Hofe zwei Knaben im Alter von vielleicht zehn und acht Jahren. Wahrscheinlich sind es Brüder. Ihre Kleidung ist sehr ärmlich.

„Sagt mal, Kinder,“ begann ich zu fragen, „wer schickt Euch denn?“

- „Niemand,“ antworteten die beiden.
„Na warum geht Ihr denn dann mit diesen Fliegenfängern hausieren?“
„Um Geld zu verdienen.“
„Verdient Euer Vater kein Geld?“
„Wir haben keinen Vater.“
„Wo ist er denn?“
„Tot.“
„Und was macht Eure Mutter?“
„Die ist krank.“
„Habt Ihr Geschwister?“
„Ja.“
„Sind diese älter als Ihr?“

„Nein, ich bin der Älteste!“ antwortete der Zehnjährige.
„Wie viel Kinder seid Ihr?“
„Acht.“

„Ich fragte nicht weiter. Ich wusste genug. Die Kleinen zogen ihres Wegs. Lange noch blickte ich den beiden nach. Freuten sich diese Kinder auch auf die Ferien? Waren diese auch für sie eine Erholung?“

„Ja, wenn ich jetzt von Ferien höre oder lese, muß ich an diese beiden Knaben denken und stets klingt es mir in den Ohren: „Fliegenfänger!““

Verstümmeltes Radium.

Im vorigen Monat warf in einem Charlottenburger Sanatorium ein Diener undorftigerweise für 20 000 R. Radium in den Ausguss. Trotz allen Suchens konnte man das wertvolle Heilmittel nicht wieder herbeischaffen. Für 20 000 R. gibt es nicht viel Radium. Am Mittwoch warf ein Patient der Charité unbewußterweise für 16 000 R. Radium in einen Abort.

Früh gestrichen.

Ein Leser schreibt uns: „Auf der Station Strauß-Kummelsburg, Bahnsteig D, werden Malerarbeiten ausgeführt. „Früh gestrichen!“ zeigen gelbe Zettel an, deren zwei an jedem neu gestrichenen Pfeiler befestigt sind. Leider reicht die Breite dieser Zettel nicht um einen ganzen Pfeiler, z. B. ist „Süd“ und „Nord“ bedeckt, so steht aus „Ost“ und „West“ das frische Schwarzgrau schadenstrotz hervor und freut sich der „Fliegen“, die daran leben bleiben können.“

Eine seltene Blüte.

So viel Schönes und Interessantes auch gegenwärtig der Botanische Garten in Dahlem in seinen mächtigen Freilandkulturen, pflanzengeographischen Anlagen usw. bietet, so empfiehlt sich doch gerade in der jetzigen Zeit auch ein Besuch der großartigen Gewächshausanlagen und insbesondere des herrlichen großen Tropenhauses, das uns in einer Vollendung und Ausdehnung, die auf der ganzen Welt nicht ihres gleichen haben, das echte Bild eines tropischen Urwaldes vor Augen führt.

Nochmals der Schuhverband der Schwerhörigen.

In seinem letzten Monatsblättchen unternimmt der Schuhverband der Schwerhörigen den Versuch, unsere Kritik über die Tendenz des Vereins als abwegig hinzustellen. Das tut das Blättchen, ohne auch nur im geringsten die von uns geführten Tatsachen ernstlich zu widerlegen. Es lohnt nicht, darauf einzugehen. Was da geschrieben wird, ist leeres Gerede, bestimmt, den Kern der Sache zu verschleiern. Gegen die Hauptaufgabe des Verbandes, die jüngere Generation zu fördern, körperlich und geistig leistungsfähigen Menschen zu erziehen, hätten wir gewiß nichts einzuwenden gehabt, aber die Sätze, gegen die sich in der Hauptsache unsere Kritik richtete, verschwiegt der Verband in seiner Erwiderung gänzlich.

Will der Verein den Schwerhörigen nützen, so muß er sich freihalten von jeder politischen Tendenz und muß sich darauf beschränken, den Schwerhörigen die Erleichterungen zu schaffen, die

nach Lage der Sache geschafft werden können. Beschränkt sich der Verein lediglich hierauf, so erfüllt er einen guten Zweck und auch wir werden dem Verein unsere Sympathie zuwenden. Versorgt er aber eine Tendenz, die sich gegen die ausstrebende Arbeiterklasse wendet, so werden wir ihn unter allen Umständen bekämpfen.

Neuertreibungen des Reichs-Postmuseums.

Das Reichs-Postmuseum hat zahlreiche und interessante Neuertreibungen zu verzeichnen. Der Automobilbetrieb der Post wird jetzt durch zwei Modelle veranschaulicht, den eines Wagens für 12 Reisende und den eines elektrisch betriebenen dreirädrigen Briefwagens, wie er nicht bloß in Berlin, sondern neuerdings auch in Köln, Düsseldorf, Leipzig, Breslau und anderen Großstädten von der Reichspost verwendet wird.

Tödlicher Unfall auf dem Bahnhof Wustermark.

Ein Opfer seines Verusos ist der 27jährige Rangierer Ewald Klatt aus der Ruhlebener Straße 3 in Spandau geworden. Er, der auf dem Rangierbahnhof Wustermark angeheilt war, hatte in der letzten Nacht Rangierdienst und hatte mehrere auf beschleunigten Schienensträngen befindliche Personenzüge zusammenschleppen wollen.

Opfer des Badens.

Bei Bickelswerder sind zwei Männer ertrunken, deren Personalien noch nicht ermittelt werden konnten. Es handelt sich um einen etwa 24jährigen und um einen 60jährigen Mann, von denen der erstere im Freibad bei Bickelswerder, der andere beim sogenannten Gemünde am Leuchtturm gebadet hatte. Beide scheinen einem Herzschlage erlegen zu sein. Die Leiche des jüngeren Berufsgenossen konnte noch nicht gelandet werden.

Ehe tragödie in Treptow.

Eine erregte Szene spielte sich am Mittwoch in Treptow ab. Seit acht Monaten war der Schlosser Spieh mit seiner 26 Jahre alten Ehefrau Margarete verheiratet und wohnte seitdem in der Köpenicker Landstraße 147. Die Ehe war von Anfang an unglücklich. Wiederholt verließ die Frau auf kurze Zeit ihren Mann. Nachdem sie jetzt wieder 14 Tage weg gewesen war, kehrte sie Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr heim. Plötzlich öffnete sich das Fenster des Speisezimmers im dritten Stock und Frau Spieh sprang auf den Hof hinab, wo sie schwer verletzt liegen blieb.

Im Schwimmbad ertrunken ist der 14 Jahre alte Fortbildungsschüler Otto Windisch aus Charlottenburg, Kaiserdamm 17. Der Knabe nahm als Mitglied des Vereins „Jungdeutschland“ mit anderen Knaben Schwimmunterricht in der Badeanstalt der Gardepioniere in der Köpenicker Straße. Als am Mittwochabend die Anstalt geschlossen wurde, entdeckte man, daß die Kleider des Knaben noch am Kiesel hinget, er aber verschwunden war. Donnerstag abend nun wurde die Leiche geborgen, von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Ein Opfer der Klatschsucht.

Rüsterzungen haben wieder einmal großes Unheil angerichtet. Die in Hohen-Schönhausen wohnhafte Ehefrau des Schlossermeisters Weride hatte sich Klatschereien, die in der Nachbarschaft ungerechtfertigterweise über sie geführt worden waren, derart zu Herzen genommen, daß in ihr der Entschluß reifte, sich das Leben zu nehmen. Die Bedauernswerte vergiftete sich mit Salzsäure und wurde in bestunungslosem Zustand nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie aber bald nach ihrer Einlieferung den Wirkungen des Giftes erlag.

ausrottbar. Es gibt leider noch zuviel Leute, die sich nur in der Gasse wohnen; je tiefer im Schmutz, desto lieber ist es ihnen.

Es dürfte noch manche Arbeit kosten, um auch diese Seuche auszurotten und die Menschen herauszuführen, damit sie für Wahres, Gutes und Schönes Interesse und Verständnis empfinden.

Todesprung.

Ein aufregender Vorfall hat sich gestern in dem Hause Grolmanstraße 42 in Charlottenburg abgespielt. Bei einer dort in der vierten Etage wohnenden Herrschaft war seit einiger Zeit die 20jährige Paula Demmin in Stellung. Mittwochnachmittag sprang sie aus dem Fenster ihres Zimmers auf den Hof hinab. Die Lebensmüde erlitt schwere innere und äußere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhause Bestend gebracht. Als Ursache zu dem Schritt wird verschämte Liebe angegeben.

Ertränkt hat sich gestern früh in der Löwenbräueri, Hochstraße 21-24 ein Arbeiter, weil er erlösen werden sollte. Obgleich sofort Hilfe zur Stelle war und Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, war es nicht möglich, den Mann zu retten. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Der 48 Jahre alte Gastwirt Vincenz Weingärtner aus der Neuen Königstraße 30 hat wegen finanzieller Bedrängnis seinem Leben durch Opium ein Ende gemacht. Er wurde in seiner Wohnung auf dem Sofa sitzend tot aufgefunden. Der Tod war bereits vor fünf Tagen eingetreten. — Aus einem Fenster des dritten Stockes stürzte sich gestern vormittag im Hause der Spirituszentrale, Schellingstraße 15, ein Fräulein Hildegard v. Eichleib aus der Genthiner Straße 6. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde sie nach der Infirmerie gebracht, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung verstarb.

Im Berliner Aquarium haben sich die in einem besonderen Terrarium, Nr. 5, ausgeflossenen Krebstiere, entgegen der gewöhnlich geübten Annahme, daß sie in Gefangenschaft keine Nahrung aufnehmen sollen, als ganz vorzügliche Fresser gezeigt, die beträchtliche Mengen von weißen und grauen Hausmäusen verzehren. Ein Weibchen hat auch bereits Junge zur Welt gebracht, die sich aber vorläufig meist in das Gestrüpp verziehen, während die Alten ihre anfängliche Scheu vor dem Menschen vollkommen verloren haben und beim Öffnen des Behälters herbeikommen, um nach Futter Ausschau zu halten. Auch von der in den Wädhern gewöhnlich angelegenen unerbittlichen Wut und Bissigkeit dieser einzigen Giftschlange Deutschlands ist bei verständiger, ruhiger Handhabung mit diesen Tieren wenig zu bemerken. Öffentlich gelingt es, eine Anzahl Junge mit kleinen Fröschen und Eidechsen aufzuziehen.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Zu großer Bedrängnis befindet sich der Charlottenburger Kreditverein, der im Februar Konkurs anmelden mußte. Durch besondere Maßnahmen haben sich die interessierten Banken gesichert; anders steht es um die etwa 1000 kleinen Sparer und die kleinen Genossen, die in eine schwierige Situation gekommen sind. Die Schuldentlast beträgt 2 1/2 Millionen Mark, die sich von Tag zu Tag vergrößert, wenn nicht schnell Gelder herbeigeschafft werden, um weitere Substantien zu vermeiden. Das Geschäft wickelt sich auch infolgedessen schwer ab, weil der Konkursrichter einen in Berlin wohnenden Anwalt zum Konkursverwalter ernannt hat. Die kleinen Leute müssen viel Zeit verwenden, um erst nach Berlin zu kommen und hier mit dem Konkursverwalter geschäftliche Fragen zu erledigen. In seiner Not hat der Verein ein Zirkular an eine Reihe Genossenschaften um Hilfe gerichtet; das geht nun wieder dem bekannten Anwalt der Genossenschaften Herrn Dr. Erliger nicht, der in der letzten Nummer der „Blätter für Genossenschaftswesen“ es ausdrücklich für nötig befand, eine jede Hilfsaktion ablehnende Erklärung zu veröffentlichen und das Vorgehen der bedrängten Charlottenburger Sparer besonders zu mißbilligen. Geholfen wird dadurch den Leuten allerdings nicht.

Neukölln.

Jugendausflug Neukölln. Am Sonnabend, den 18. Juli, Nachmittags nach Griner-Kaßberg-Weinsdorf-Kroftinssee. Abfahrt: Sonnabend, abends 11 Uhr 26 Min. vom Bahnhof Hermannstraße. Fahrpreis 80 Pf.

Ein schweres Brandunglück hat sich gestern nachmittag gegen 1 1/2 Uhr in der Weisstraße 21 zugetragen. Die dort wohnende Witwe Pück ernährte sich und ihre zwei Kinder mühsam durch Kupferarbeiten, bei der sie flüssigen Kautschuk zum Kleben verwendet. Als sie gestern mittag ihrer neunjährigen Tochter Charlotte auf deren Bitten einige Kartoffeln braten wollte, geriet eine in der Nähe des Gasbrenners stehende Kautschukmasse auf unangefährte Weise in Brand und explodierte. Die Flammen erfaßten die kleine Charlotte und hüllten sie ganz ein. Auf die Hilferufe eilten Nachbarn herbei und erstickten die Flammen. Nachdem ein hinzugerufener Arzt dem unglücklichen Kinde einen Katerband angelegt hatte, wurde es in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause in Budow gebracht.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Unter anderen kleinen Vorlagen fand auch die Steuerordnung für Wettrennen und Wettspiele auf der Tagesordnung. Danach sollen alle diejenigen Veranstaltungen steuerfrei bleiben, welche von den Vereinen, welche sich mit nationaler Jugendpflege befassen, veranstaltet werden. Unser Antrag, entweder alle der Jugend dienenden Arrangements frei zu lassen oder den bestehenden Zustand beizubehalten, wurde von den Gegnern abgelehnt. Dasselbe Spiel zeigte sich beim 9. Punkt der Tagesordnung. Ein Turnverein, welches in diesem Jahre sein 25jähriges Stiftungsfest feiert, beantragte, ihm einen Ehrenpreis zu stiften. Vom Gemeindevorstand wurde vorgeschlagen, 60 M. zu bewilligen. Trotz unseres Hinweises, daß man für Kulturbestrebungen der Arbeiter keinen Pfennig übrig hat, so daß sogar diese in kleinlichster Weise skataniert werden, wurde dieser Antrag mit allen bürgerlich Stimmen angenommen. — Eine längere Debatte zeitigte die im Oktober zu eröffnende Kinderbewahranstalt. Der Gemeindevorstand ist mit dem Paul-Gerhard-Stift zweifelsfrei Stellung einer Aufsicht für die Bewahranstalt in Verbindung getreten und hatte der Vertretung einen Vertrag vorgelegt, nach welchem die Gemeinde nur Pflichten und das Stift nur Rechte hätte. In durchaus treffender Weise wurde dargelegt, daß man für die geforderten Aufwendungen ganz gut eine Kindergärtnerin anstellen könne, in deren Dispositionen wir schließlich auch etwas mitzureden hätten. Die Angelegenheit wurde schließlich der Armenkommission zur weiteren Bearbeitung übermiesen.

Dann wurde noch mitgeteilt, daß die Steuerföhe von der Aufsichtsbörde genehmigt sind. In Anbetracht der Vorgänge beim letzten Brand richtete Genosse Oehlert an den Bürgermeister die Anfrage, was er zu tun gebe, um solche Vorkommnisse, wie sie sich beim letzten Brand gezeigt haben, zu vermeiden. Bei der Besprechung kamen recht niedliche Dinge zur Sprache. Es wurde, um den Herrn Brandmeister und Oberbrandmeister zu entlasten, ausgeführt, daß die Kameradschaftlichkeit in den Wehren viel zu mürklich übrig lasse, daß ferner die Wehren nur dann auszurücken haben, wenn vom Polizeiamt die Order dazu gegeben wird. Von seiner Seite wurde dem widersprochen. In der ihm eigenen Art lehnte der Herr Bürgermeister eine Beantwortung der Frage ab. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Der öffentliche Sitzung folgten noch eine geheime. Es sollten die Gehälter der beiden obgenannten Beamten beraten werden und über ein Unterstufungsgehalt eines Beamten entschieden werden. Bei

dieser Gelegenheit wurde von der Karlsruher als Bürgermeister-Fraktion eine Straßprobe veranstaltet. Als die Karlsruher Fraktion sah, daß sie doch noch zu schwach war, um ihre Wünsche durchzusetzen, trat sie in den Streit und verließ demonstrativ den Saal. Die dadurch eingetretene Beschlußunfähigkeit machte eine Fortsetzung der Sitzung am nächsten Freitag notwendig.

Pankow.

Die notwendige Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Für den großen Schulbau in der Görtsch, Wollank- und Neuen Schönholzer Straße ist die Heizungsanlage getrennt auf dem großen Schulhof aufgeführt. Diese Anlage hat nicht nur das Heizum, Oberheizum, Mittelschule, zwei Gemeindeschulen und das Rettortwohnhaus zu versorgen, sondern auch einen Fernheizkanal auch die Realschule und das Rathaus. Weiter ist bereits vorgesehen auf demselben Grundstück an der Görtsch- und Florastraße eine Badeanstalt mit Schwimmbassin aufzuführen, die ebenfalls von dieser Anlage gespeist werden soll. Da die vorhandenen Maschinen nur zu einem Teil ausgenutzt werden konnten, würde die Errichtung eines Elektrizitätswerkes beschlossen. Dieses Werk, eigentlich nur als Nebenwerk gedacht, fand genügend Kritiker, die eine schlechte Zukunft in Aussicht stellten. Ueber die trotzdem flote Entwicklung des kleinen Werkes ein paar Zahlen.

Im Jahre 1911 wurden 127 000 Kilowatt produziert, 1912 208 000, 1913 278 700 und im laufenden Jahre dürfte die halbe Million voll werden, davon entfällt natürlich ein großer Teil auf die Beleuchtung der eigenen Gebäude und der Straßen.

Im Jahre 1912/13 ist schon ein geringer Ueberschuß von 17 400 M. erzielt worden, abzüglich der 8700 M. Reserve und Tilgungskosten. 1913/14 schon 22 000 M. Ueberschuß, abzüglich 9700 M. Reserve und Tilgung.

Vor zwei Jahren machte sich bereits die Auffstellung einer neuen Maschine notwendig. Die Gemeindevertretung beschloß jedoch, zuerst einmal mit der V. E. W. wegen Stromlieferung zu verhandeln. Das Pankower Werk liefert Gleichstrom für 120 Volt, für Lichtzwecke außerordentlich günstig und erheblich billiger. Die V. E. W. gibt nur Drehstrom ab, soll dieser hier benutzt werden, muß er erst umgeformt werden. Die Verhandlungen führten zu dem Resultat, daß ein Umformer angeschafft wurde. Schon damals wurden darüber Bedenken geäußert, daß der Strom von Berlin entnommen werden soll.

Die weiteren Verhandlungen scheinen jetzt auf dem toten Punkt angelangt zu sein. Es nicht in Berlin die Frage der Verstaatlichung der V. E. W. gelöst ist, dürfte auch kaum auf Antwort zu rechnen sein. Es wäre daher viel zweckmäßiger gewesen, an den weiteren Ausbau des Werkes sofort heranzugehen. Durch Beschluß der Gemeindevertretung soll jedoch wieder ein Umformer für 80 000 Mark gestellt werden, um die Stromlieferung an den Kundenkreis nicht zu unterbrechen. Hierzu kommt die Erweiterung und Verstärkung des Kabelleuges mit 26 000 Mark.

Kinderspiele. Der Arbeiterturnverein Pankow veranstaltet vom Sonntag, den 19. Juli, ab täglich auf dem Platz an der Riffinger Straße Kinderspiele. Treffpunkt vormittags Kaiser-Friedrich- und Wollankstraße, Ecke Drechmeisterstraße.

Steglich.

Zwangweise Beitreibung der Kirchensteuer von Dissidenten. Daß jemand wegen rückständiger Kirchensteuer gehandelt wird, ist gewiß wenig christlich; wenn aber gar einem Dissidenten, der überhaupt nicht zur Zahlung von Kirchensteuern verpflichtet ist, ein solches Maßverhaftet, so geht es doch über die Humanität. Ein Parteigenosse, der schon vor Jahren aus der Landeskirche ausgetreten ist, sollte in diesem Jahre wieder zur Unterhaltung der evangelischen Kirchengemeinde beitragen, was er natürlich unter Vorlegung der Austrittsbescheinigung verweigert. Trotzdem verurteilt die Gemeindevorstand (Buchhalter B., Bezirk 6, Hebelstraße Nr. 731), die auch die Kirchensteuer einzieht, die zu Unrecht veranlagte Steuer zwangsweise einzutreiben. Nur der Umstand, daß niemand zu Hause war, ließ die Abfahrt ausstehen werden. Der Steuerassistent ist anscheinend nicht zu belehren, es wird also Aufgabe des Gemeindevorstandes sein müssen, hier einzugreifen, um die Bürger vor unangenehmen Pfändungsversuchen zu schützen.

Ober-Schönweide.

Mitgliederversammlung. Die am Dienstag, den 14. d. M., im „Wilhelminenhof“ tagende Versammlung beschäftigte sich mit nachstehender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg; 2. Auffstellung der Kandidaten; 3. Diskussion. Der Vorsitzende, Genosse Ramsbrock, ging in dreiviertelstündiger Rede näher auf unsere Stellungnahme zum Parteitag ein. Nach längerer Diskussion wurden der Genosse Ramsbrock und die Genossen Arndt und Lichtenberg der Kreisgeneralversammlung als Delegierte zum Parteitag empfohlen.

Nieder-Schönhausen.

Sein diesjähriges Sommerfest feiert am Sonntag, den 19. Juli, der hiesige Wahlverein mit Unterführung aller hiesigen Arbeitervereine im Restaurant „Schloß Schönhausen“, Lindenstraße Ecke Kaiserin-Augusta-Straße, Beginn 4 Uhr. Das Programm ist äußerst reichhaltig. Neben einem starken Streichorchester werden Darbietungen der Lehmannschen Chöre, des Pankower Arbeitervereins und des Berliner III-Clubs geboten. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind bei allen Funktionären und an der Kasse zu haben.

Steglich-Friedenan.

Das Volksfest, zum Besten des „Arbeiterjugendheims“ findet am Sonntag, den 26. Juli im „Wienwäldchen“ statt. Der Zweck des Festes — einen hohen Ueberschuß zur Erhaltung des Heimes zu erzielen — kann nur durch einen starken Massenbesuch erreicht werden. — Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern und Hauskassierern erhältlich.

Die Arbeiterkassen werden gebeten, ihre Kinder zum regen Besuch des Jugendheimes anzuhelfen. Das Heim liegt in Steglich, Aniehof-Edel-Feuerstraße, und ist geöffnet Sonntag, ab 4 Uhr, sowie Montag, Mittwoch und Freitag ab 6 Uhr.

Röpnick.

Volksfest. Am Sonntag, den 19. Juli, findet im Rügelschloßchen und angrenzenden Walde das Volksfest der Röpnicker Arbeiterkassen statt. Es ist Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich an dieser Veranstaltung, besonders auch an dem 1 1/2 Uhr stattfindenden Ausmarsch zu beteiligen.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Sein Stiftungsfest feiert am Sonnabend, den 18. Juli, der Arbeiterturnverein Fige zu M.-Schönebed in Schöneiche.

Herr Stephan begab sich in die Redaktion der „Autorität“ und überreichte einen Brief an die Herren Cassagnac mit der unwürdigen Bitte, man möge ihm nichts tun. Er sei für die Haltung der „Deutschen Tageszeitung“ nicht verantwortlich zu machen, sei Familienvater und von einer aufrichtigen Sympathie für Frankreich erfüllt. Tatsächlich hat denn auch die „Autorität“ am nächsten Tage in ein paar kühlen und kurzen Worten ihm erklärt, man werde Herrn Stephan in Frieden lassen. Bei allen Deutschen war die Empörung über dieses ungläubliche Vorgehen groß. Vielleicht im Aufwallen der ersten Entrüstung hat der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, Herr Dr. Viktor Kuburtin, an Herrn Stephan einen Brief geschrieben, in dem er das Vorgehen des Herrn Stephan auf das schärfste verurteilte. Stephan antwortete auf diesen Brief mit einer Duellforderung, die Herr Kuburtin zurückwies. Auf die Weigerung des Herrn Kuburtin, sich mit einem Manne wie Stephan zu schlagen, erwiderten die Jungen Stephens mit der höchst erwerdigen Frage, was Herr Kuburtin tun wolle, wenn Stephan zu Tätlichkeiten überreden würde. Herr Kuburtin erklärte, daß er sich auf eine solche Diskussion nicht einlasse und daß er den Tätlichkeiten des Herrn Stephan ruhig entgegenstehe. Heute findet eine Versammlung sämtlicher deutscher Korrespondenten statt, um zu dem Fall Stephan Stellung zu nehmen.

Die „D. Tagesztg.“ versucht um die Angelegenheit mit ein paar Verlegenheitsausreden herumzukommen, in die sie eine zarte Mißbilligung ihres Korrespondenten mischt. Uebrigens erinnern wir uns, daß die Korrespondenzen aus Paris uns selbst im Rahmen der „D. Tagesztg.“ wegen ihrer besondern Unanständigkeit und Verleumdungssucht gegen die Sozialdemokratie aufgefallen sind.

Mord und Selbstmordversuch.

Der 36jährige Schlosser Oswald gab, wie aus Ritten i. L. gemeldet wird, auf die Witwe Hinz, die sich von ihm getrennt hatte, auf der Ederiger Kreisstraße mehrere Schüsse ab, so daß die Frau nach wenigen Stunden im Krankenhause starb. Er selbst schoß sich darauf eine Kugel in den Kopf, konnte sich aber noch nach dem Krankenhause schleppen. Auch er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Ein deutscher Väter unter Nordverhaft.

Das Opfer eines Verwechslung wurde in Gerarmer bei Epinal ein deutscher Vätergeselle. Die dortige Polizei fahndete bereits seit einigen Monaten nach einem mehrfachen Mörder namens Bill, der auch als begeisterter Anhänger der anarchistischen Partei bekannt ist. Ein Bahnbeamter glaubte in einem Reisenden, der in Gerarmer den Zug verlassen hatte, den Mörder Bill zu erkennen, da auf ihn genau die Beschreibung des letzteren paßte. Er benachrichtigte sofort die Gendarmerie, die sich, bis an die Bahne bewaffnet, noch dem Bahnhof begab, den Deutschen umzingelte und verhaftete. Er wurde einem eingehenden hochnotpeinlichen Verhör unterworfen. Schließlich stellte es sich heraus, daß die Polizei es nur mit einem harmlosen deutschen Vätergesellen zu tun hatte, der sich auf einer Reise befand.

Eine Schlacht gegen die Suffragetten.

Die Holland Parc-Hall in London war in der Nacht zum Freitag der Schauplatz heftiger Kundgebungen gegen eine dort abgehaltene Versammlung der Frauenrechtlerinnen. Eine sehr zahlreiche, erregte Volksmenge hatte vor dem Versammlungsorte Aufstellung genommen und nahm eine drohende Haltung gegen die Suffragetten ein. Schließlich stürzte die Menge die verschlossenen Türen der Halle, und es entwickelte sich nun zwischen ihnen und den Gegnern der Frauenbewegung eine furchtbare Prügelei, in deren Verlauf ein großer Materialschaden angerichtet wurde. Die gesamte Glasbedeckung der Halle sowie die gläsernen Türen, Fensterheben und Spiegel fielen der Zerstörungswut der Demonstranten zum Opfer. Auch die Innenausstattung des Lokals wurde vollkommen demoliert. Es spielten sich ungläubliche Szenen ab. Die Anhänger der Frauenbewegung wurden schließlich von ihren überlegenen Gegnern in einen kleinen Raum gedrängt, wo sie sich verbarricaderten. Sie mußten eine buchstäbliche Belagerung über sich ergehen lassen, aus der sie erst befreit wurden, als ein größeres Polizeiaufgebot erschien und die Kundgeber zerstreute. Eine ganze Anzahl Personen hat durch Glassplitter Verletzungen davongetragen. Während der Tagung der Suffragettenversammlung kam übrigens zur Sprache, daß die Varnittel der Partei sich auf eine Million Mark belaufen.

Keine Notizen.

Ein neues Opfer des Flugspotts. Leutnant von der Lüche, der zweite der auf dem Flugplatz Görries infolge des Zusammenstoßes ihrer Flugzeuge am letzten Dienstag verunglückten Piloten, ist ebenfalls seinen Verletzungen erlegen.

Fabrikbrand in Bocholt. Ein gewaltiges Feuer zerstörte in der Donnerstagnacht die Fabriklager und Bureauräume der Baitefabrik von Vorges, des größten Baitefabrikbetriebes von ganz Deutschland. Die Fabrik brannte mit den Maschinen bis auf den Grund nieder. Der Schaden beträgt mehrere 100 000 M. Ueber die Ursache ist noch nichts bekannt. Ueber 50 Arbeiter werden durch den Brand in Mitleidenschaft gezogen. Der ältere Teil der Fabrik war erst im Februar dieses Jahres durch ein Großfeuer vollständig zerstört worden.

Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Eine Lokomotive der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft stieß gestern im Gelsenkirchener Hafengebiet mit einer anderen Lokomotive zusammen. Hierbei wurden ein Heizer getötet, zwei andere Personen schwer verletzt.

Im Familienbade zu Heringsdorf sind zwei Badegäste: Otto Mendl, Landbeamter aus Prag, und Fritz Rosenbergs aus Berlin, ertrunken.

Rettung aus Erensi. Das deutsche Torpedoboot S 14 hat am 15. Juli nachmittags den dänischen Schooner Elise aus Kolding, der auf dem Hatter-Riff festgenommen war, abgeschleppt.

Antikittung zum Morde. Die Eheleute Müller, Tochter und Schwiegerjohn, die von dem zum Tode verurteilten Mörder Franz Wagner der Anstiftung zum Morde und des Meineides bezichtigt und deswegen verhaftet worden sind, haben im Untersuchungsgefängnis zu Saarbrücken ein Geständnis ihrer Schuld abgelegt.

Das Urteil des Admiralsgerichts über den Zusammenstoß der beiden Dampfer Kaiser Wilhelm II. und Jacomete ist zugunsten des ersteren ausgefallen.

Die vermist gewesenen deutschen Touristen Hoeg aus Hagen und Hille aus Kengersdorf in Preussisch-Schlesien sind wohlbehalten in Garmisch und Partenkirchen eingetroffen.

Die Cholera in Rußland. Nach amtlicher Meldung vom 15. Juli wurden in 3 Kreisen des Gouvernements Bobolien 19 Cholerafälle festgestellt. Im Gouvernement Astrachan sind vom 25. Mai bis zum 15. Juli 40 Pestfälle, von denen 42 tödlich verlaufen, vorgekommen.

Automobilunfall in Tunis. Kürzlich ist hier der Automobilomnibus, der den Postdienst zwischen Carthage und Dikane vermittelte, in Brand geraten. Zwei mit Benzin gefüllte Blechbehälter explodierten und das brennende Benzin ergoß sich auf mehrere Reisende. Zwei von ihnen verbrannten lebendig, mehrere andere wurden schwer verletzt. Auch der Chauffeur erlitt schwere Brandwunden; er hat das Augenlicht verloren, und es ist zweifelhaft, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

Aus aller Welt. Helden.

Setzt der Verurteilung des Zeichners Hansi hat die ultrareaktionäre „Autorität“ der Herren Cassagnac eine hilde Petze gegen die deutschen Zeitungskorrespondenten in Paris getrieben, ihnen Duellforderungen und tätliche Angriffe in Aussicht gestellt. Das Blatt hat kaum politische Bedeutung und die Korrespondenten haben bisher nicht darauf reagiert. Ueber eine einzige Ausnahme berichtet das „Berl. Tagebl.“:

Der Oesterreicher Herr Ferdinand Stephan, der Korrespondent der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin, also eines Blattes, das auf sein starkes Deutschum besonders stolz ist, ging zu den Herren Cassagnac und hat um Schonung

Allein-Vertriebes
Fabrik Cigarettenfabrik.

GARBÁTY
CIGARETTEN

Qualität

Manoli-Zigaretten

Dandy 3 Pf

Jetzt auch mit und ohne Mundstück

FREDY HARRY WALDEN

Cigaretten
"Überall erhältlich"

Ben Schira

Cigaretten

MAL-KAH

Begin N. 20 Pankstr. 62

Muratti-Cigaretten

Szwedka

Cigaretten für den Raucher

MADDA-Cigaretten

Kressin

Raucht Herbstoll Cigaretten

Allein-Vertriebes

C. Kisch

Spezial-Vertrieb

SUROL

ESSIG überall z. haben

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerclubs

Bad

Central-Bad

Diana-Bad

Silesia

Böcker- u. Konditoreien

Brotfabrik

Turban

Ludwig Walter, Hotelandstr. 37.

Concordia-Butterhandl. des Ostens

Gebr. Gause.

Wilhelm Göbel

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen

Die neue 33

Qualitäts-
Cigarette

Bäcker- u. Konditoreien

W. H. Göt, Emdenerstr. 29.

O. Göhr, Wiesenstr. 11, b. a. gr. Kbn.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Böcker-Brauerei

empfehlen anerkant vorz. Gl. Eloro

Osw. Berliner

Ur-Berliner, hell und dunkel

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Groterjan

Malzbier, Prinz-Allee 79/80, Nr. 6765

C. Habels Brauerei

hell - Nabotheke - dunkel.

Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Weissbier - Caramellbier

Brauerei E. Willner Pankow.

Bäckerei Künscher

Kastanien-Allee 57

Carl Lindenberg, Lychenstr. 4.

H. L. Ghe, Reichenstr. 11, Kastanien-Str.

W. Luxmann, O. Gabriel-Maxstr. 2.

W. Megow, Lichtenb., Gärtnerstr. 3

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

W. Schmidt, Amstedenstr. 10.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bank Meissin u. Römerstr. 101, Kell. C. 25

Brauerei Bützow

empfehlen Qualitätsbiere

W. Adeling & A. Hoffmann

Akt-Brauer Potasium Ig. Meierl.

Böcker-Brauerei

empfehlen anerkant vorz. Gl. Eloro

Osw. Berliner

Ur-Berliner, hell und dunkel

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Groterjan

Malzbier, Prinz-Allee 79/80, Nr. 6765

C. Habels Brauerei

hell - Nabotheke - dunkel.

Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk

Weissbier - Caramellbier

Brauerei E. Willner Pankow.

Löwen-Brauerei

vorzügliche Fass- und Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus

Berlin und Oranienburg

Schloßbräu-Flaschenbier

die Qualität ist hervorragend

Trinki Wanninger Bierl

Verlins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weissbier, C. Breithaupt,

Pallasstr. 77, Tel. A. VII, 2654.

Waldbräu-Gebr. Lande Akt.-Ges.

Waldbräu-Gebr. Lande Akt.-Ges.

Bendagen, Gummivarwa

R. Banke, Stralauer Str. 64.

Geordigssantl, Sargmagz.

Berl. E. Sargmagz, L. K. Sargmagz, Gerichstr. 11

O. Liedemil

Berl. Christenstr. 14

Leibing's Zerpenschleuser

Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holz

15 Detail-Geschäfte

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

F. HAGEN

22 Verkaufsstellen 22

W. H. Pieß, Buttergröhdig.

Berlin O. 27, Alexanderstr. 12

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

„Nordstern“ „Mercur“

Paul Reinike

Butter Berlin S. 49, T. Am. Moritzstr. 1160

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen 43

Gust. Schultze & Sohn

Wiener Str. 65, Butter, Eier, Käse

Uhly & Wolfram

Wangelerstr. 64, Biergröhdig.

Verenigte Pommersche Meiereien

48 Verkaufsstellen

C. F. Wienstruck

en-gros Butter en-detail S. W., Leipzigerstr. 82.

Bettfedern, Betten

Holz, Braunsbergerstr. (Gehrig-W. Liebreich, Jablonkiestr. 4.

Blumen und Kränze

O. Damerius, Maxstr. 12c.

Cacao, Schokolad., Confitur.

Adler's Konditorei, Wangelerstr. 27

Ferdern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cylix, G.,

Filialen in allen Stadtteilen.

Seiffert, R.,

Filialen in Berlin und Vororten

Cigarettenfabriken

JUHL

250 GESCHÄFTE

G. Kaphun

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Carl Martenzen

Drogen und Farben

O. Barkow, Woldenweg 72.

Beussel-Drogerie Socz, Reussstr. 43

E. Beckmann, Woldenweg 10.

M. Burkert, Friedenau, Beckstr. 17

Drogerie Lippenerstr. 23.

Drogerie Sudrow, Ebertstr. 26.

Fortuna-Drogerie, Danckelmannstr. 20

Alt-Gilencze, H. Klosska, Kipsstr. 46

M. Göricke, Drog., Schönfliederstr. 11

G. Jürgens, Winstr. 32.

W. Kleemann, Berg-Drogerie, Bergstr. 37

F. Kullmann, Prinzen-Allee 57.

Otto Kretschmar, Rosenthalerstr. 5-7

Kreth's Drogerie, Fennstr. 21.

Kreth's Adler-Drogerie, Reussstr. 7

Lankwitz-Reckmann, E. W. Woldenweg 15

Leana-Drog., N. K. L. Woldenweg 22

N. K. L. Woldenweg 22, E. W. Woldenweg 22

Alfr. Marsch, Culmstr. 27.

Rathaus-Drogerie, N. K. L. Woldenweg 22

Rathaus-Drogerie, N. K. L. Woldenweg 22

Schweibeler-Drogerie, Schönl. Str. 26

Frant. Rich., Schleiermannstr. 18.

Hermannstr. 57, G. R. Frenzel.

Hugo Schütz, Müllerstr. 166 a.

H. Gammis, Fotograf., Artikel.

Werder-Drogerie, Britz, Reussstr. 12

Essigfabriken

Gladow & Schwabe

Gieschler Straße 62.

Gebr. Lavatschek

Tempelhof, N. K. L. Woldenweg 22

Timmer-Essig

überall erhältlich!

Fahrräder, Nähmaschinen

Otto Heinze, Brückenstr. 6.

A. Nigge, Reichenstr. 124, Reichenstr.

Fische, Conierven

Alb. Belike, Woldenweg 10, N. K. L. Woldenweg 10

Max Flatau, Adalbertstr. 23.

Hoffmann, Cottb. Str. 17, Reussstr. 13999

Unterstaatsbeide Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Krumm, Reihn., Großbäckstr. 16

W. H. Kurb, Wangelerstr. 32

G. Lange, L. Beckstr. 30.

H. Leibniz, N. K. L. Woldenweg 15

Rob. Lindner, Niemöllerstr. 8.

August Lincke, Alte Jacobstr. 22.

Lochmann, Malpstr. 32.

A. Maar, Reichenstr. 130

Luecke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.

Märk. Fleischk., N. K. L. Woldenweg 22

Paul Matschke, Thaeerstr. 17

M. Mauersberger, N. K. L. Woldenweg 22

Martin Mosig, Schlossische Str. 26

Moers, Otto

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

Spezialität: Frankfurter Würstchen

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

G. A. Müller

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

Spezialität: Frankfurter Würstchen

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

A. Möbes Nchf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik

Berlin N. 24 Oranienburgerstr. 4

K. Neger, N. K. L. Woldenweg 15

Jos. Otto, O. Scharnweberstr. 17.

Otto Frause, Dresdenerstr. 57.

F. Prenzel, Chorinerstr. 50.

Th. Prenzel, Naunynstr. 6

Curt Passow, Schulzeinstr. 2a.

G. Peib, Androssstr. 77b.

Gustav Pfennig, Goltzowkyst. 17

P. Pietsch, N. K. L. Woldenweg 15

O. Frause, Filial. I. all. Stadtteil.

Jon. Raschke, Adalbertstr. 62.

H. Raschke, N. K. L. Woldenweg 15

Hermann Raschke, E. L. Woldenweg 15

F. R. Reichelt, Emdenerstr. 43

G. Rohlf, Nannstr. 2

W. Rohlf, N. K. L. Woldenweg 15

A. Rummel, Thaeerstr. 60.

Alfr. Richter, Stralauerstr. 11a

Meierei C. Bolle

A.-G.

Berlin N. W. 21 Alt Moabit

111, 112, 113

Ältester und größter Milchwirtschaftlicher

Grossembetrieb

Kaufhäuser

Kaufhaus Britz

Chausseest. 51, bill. Einkaufsgg.

A. Ellmer, Tegel, Brunowstr. 8.

Paul Falkenstein

Hochstätter Str. 1

- Rabatmarken -

Bernh. Nelson, Amsterdamerstr. 14

Kohlen, Koks, Holz, Briketts

H. Gölke, Gieselerstr. 1, E. Klingert,

Otto Müller, O. Romintenstr. 32

Frant. Rehdert, Maxstr. 16/19.

C. Richter, Joh. W. Kiehlstr. 12/13/15

Ferd. Wree, Reichenstr. 10/11/12/13

Kolonialwaren

G. Behrens, Schöneberg, Tempelhofstr. 19

J. Böde, Spandau, Pichelsdorferstr. 26

C. Böde, Provinzstr. 109, Reichenstr. 34

W. Bornfeld, Liebenwalderstr. 41

A. Buchholz, E. Fährstr. 10, N. K. L. Woldenweg 15

A. Crona, Liebenwalderstr. 40.

Gg. Feist, N.

Sühne für Zabern. Der beleidigte Militarismus.

Niel, 17. Juli 1914.

(Telegraphischer Bericht.)

Unter der Anklage der Beleidigung der Angehörigen des preussischen Heeres, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere, hatte sich heute vor der hiesigen Ferienstrassengericht...

wie die Kosaken

in den Strafen Petersburgs gebauet. Der inkriminierte Artikel wurde durch eine Korrespondenz an die sozialdemokratische Presse...

Angellagerter Marchlewski: Der Artikel ist unter dem Eindruck des Zabernprozesses geschrieben. Er kritisiert nicht die einzelnen Personen, sondern das System des stehenden Heeres.

Angellagerter Marchlewski: Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen.

Angellagerter Marchlewski: Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen.

Angellagerter Marchlewski: Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen.

Angellagerter Marchlewski: Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen.

Angellagerter Marchlewski: Ich spreche von dem Militarismus in sämtlichen Staaten und nicht bloß in Preußen. — Vorf.: Sie sprechen doch aber von Erziehern, das weist doch auf bestimmte Personen hin, die die Soldaten erziehen.

eine ungewöhnliche Verhaftung.

Der Vorsitzende bittet den Angeklagten, eine Kritik der Maßnahmen der Behörde zu unterlassen, und teilt mit, daß der Angeklagte auf seine Beschwerde beim Oberlandesgericht...

führen. — Angell.: Der Artikel richtet sich nur gegen das System, das geändert werden soll. Ich weise ja ausdrücklich die Aufstellung der jungen Leute in den Kasernen zurück.

Staatsanwalt Dr. Nachem:

Der Angeklagte Marchlewski behauptet, der Artikel sei ganz unpersönlich und nur gegen das System gerichtet, und er sagt, es sei nicht sozialdemokratische Art, Personen anzugreifen.

Der Angeklagte hat gemeint, daß das, was er sagte, grobe Unwahrheit ist, denn ein Mann, der die deutschen Generalstabswerke studiert hat und der mit Angehörigen unseres Heeres zusammengekommen ist, kann nicht sagen, daß unsere jungen Leute systematisch zu Kaufholden erzogen werden.

allerschwerste Strafe

eintreten kann. Die Art, wie aus jedem Wort des Artikels die Hehe hervortritt, muß und die Sache auf das allerschwerste betrachten lassen. Alle Ausdrücke sind so recht geeignet, diejenigen, gegen die sich die Beleidigungen richten, verächtlich zu machen.

Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Ich glaube, daß eine Gefängnisstrafe von einem Jahre nicht als eine zu schwere zu betrachten ist. Auch gegen den Angeklagten Redakteur Karl König beantragt der Staatsanwalt dieselbe Strafe.

Der Angeklagte Dr. Marchlewski bittet in längeren Ausführungen, das Augenmerk darauf zu richten, unter welchen Umständen der Artikel erschienen ist.

Der Angeklagte Dr. Marchlewski bittet in längeren Ausführungen, das Augenmerk darauf zu richten, unter welchen Umständen der Artikel erschienen ist.

Der Angeklagte Dr. Marchlewski bittet in längeren Ausführungen, das Augenmerk darauf zu richten, unter welchen Umständen der Artikel erschienen ist.

Der Angeklagte Dr. Marchlewski bittet in längeren Ausführungen, das Augenmerk darauf zu richten, unter welchen Umständen der Artikel erschienen ist.

den Angeklagten Karl König zu einem Monat Gefängnis.

In der Urteilsbegründung wird angeführt, daß Gericht habe den Artikel im Zusammenhang würdigen müssen, habe aber festgestellt, daß die Beleidigung nur in den Sätzen gefunden werden könne, in denen Offizieren und Unteroffizieren des preussischen Heeres zum Vorwurf gemacht wird.

hinaus, was zur zweckmäßigen Kriegserziehung dient. Das Gericht hat nicht angenommen, daß die Angeklagten wider besseres Wissen ihre Behauptungen aufgestellt haben, es hat nur angenommen, daß sie nicht erweisbare Behauptungen ausgesprochen haben.

Französischer Parteitag.

Paris, 16. Juli. (Fig. Ver.)

Zweiter Tag.

Imperialismus und Schiedsgericht.

Das Amendement Reir Gardie-Bailant.

Der ganze heutige Kongreßtag — die Abendtagung dauerte bis fast 8 Uhr — war mit der Diskussion über diese Frage ausgefüllt und die Rednerliste wurde nicht erschöpft.

Compère Morel: Alle Sozialisten sind entschlossen, den Imperialismus und den Krieg zu bekämpfen. Alle erkennen auch an, daß er die Frucht der kapitalistischen Welt ist.

Paul Louis bedauert, daß Compère Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe.

Paul Louis bedauert, daß Compère Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe.

Paul Louis bedauert, daß Compère Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe.

Paul Louis bedauert, daß Compère Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe.

Paul Louis bedauert, daß Compère Morel die Mittel gegen den Krieg, die er im Sinn habe, nicht genauer bezeichnet habe.

